

Statistisches  
Landesamt  
Schleswig-Holstein



Statistisches Landesamt  
1947 bis 1997

# **50 Jahre Statistik für Schleswig-Holstein**

1947  
50 JAHRE STATISTISCHES LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN  
1997

Herausgeber:  
Statistisches Landesamt  
Schleswig-Holstein  
Postfach 11 41  
24100 Kiel

Gestaltung:  
Statistisches Landesamt

Herstellung:  
Hugo Hamann, Kiel

Januar 1997

Diese Broschüre  
wurde auf  
Recyclingpapier  
gedruckt.

# Inhalt

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

## Einführung

Vorwort .....	3
Statistik in Schleswig-Holstein: Der Werdegang .....	4
Auftrag und Organisation der amtlichen Statistik .....	6

## Unsere Arbeit: Programm und Ergebnisse

Bevölkerung .....	8
Gesundheit .....	12
Bildung und Ausbildung .....	15
Rechtspflege .....	20
Wahlen .....	23
Erwerbstätigkeit .....	27
Landwirtschaft .....	31
Verarbeitendes Gewerbe .....	37
Handwerk .....	41
Bauwirtschaft .....	45
Bautätigkeit .....	48
Handel .....	52
Fremdenverkehr .....	55
Öffentliche Sozialleistungen .....	59
Öffentliche Finanzen .....	62
Preise .....	67
Löhne und Gehälter .....	71
Privater Verbrauch .....	74
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen .....	77
Umwelt .....	82

## Service

Organisation und Ressourcen .....	85
Unser Informationsangebot .....	88
Adresse/Kontakt .....	91

22. 01. 97

TE 77

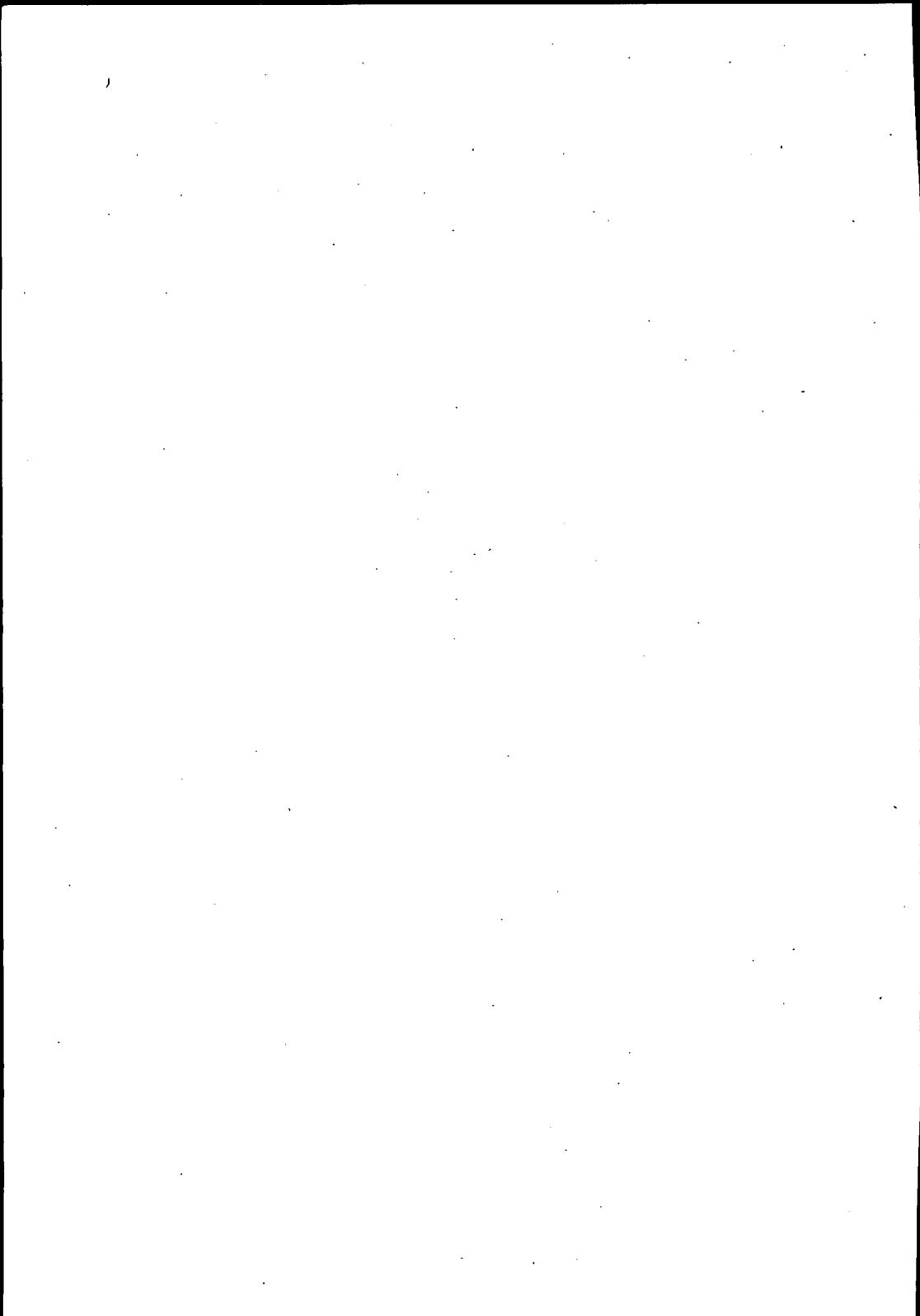
Statistisches Landesamt

Hamburg

BIBLIOTHEK

Schl.	1997
7226	13

3. Ex



# Vorwort

Amtliche Statistiken gibt es für Schleswig-Holstein bereits seit über 250 Jahren. Bis in die 40er Jahre dieses Jahrhunderts wurden diese jedoch stets aus der Ferne – zur Zeit der dänischen Herrschaft aus Kopenhagen, zur preußischen Zeit und während des Deutschen Reiches von Berlin aus – durchgeführt. Mit dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde dem Land hier erstmals eine eigenständige Rolle übertragen. Hervorgegangen aus einer statistischen Dienststelle der Provinzregierung firmiert die heute für die amtliche Statistik in Schleswig-Holstein zuständige Fachbehörde seit dem 20. Januar 1947 unter der Bezeichnung „Statistisches Landesamt“. Die Durchführung von Statistiken der Europäischen Gemeinschaft, des Bundes und des Landes und die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse folgt den Grundsätzen der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit sowie den strikten Regeln des Datenschutzes und der statistischen Geheimhaltung. Das 50jährige Jubiläum der Namensgebung ist Anlaß, die Entwicklung und das heutige Aufgabenspektrum des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein mit dieser Broschüre zu skizzieren und Rückschau auf einige bemerkenswerte Ergebnisse aus unserer Arbeit für Schleswig-Holstein zu halten.

Kiel, im Januar 1997

Dr. Hans-Peter Kirschner  
Direktor des  
Statistischen Landesamtes

# Statistik in Schleswig-Holstein: Der Werdegang

Viele Städte berufen sich auf ihre erste urkundliche Erwähnung zur Bestimmung ihres offiziellen Gründungsdatums. Vergleichbares kann auch für das 50jährige Bestehen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein gelten. Am 20. Januar 1947 erteilte das Ministerium des Innern dem Statistischen Amt auf dessen Vorschlag hin die Zustimmung zur Führung der offiziellen Amtsbezeichnung „Statistisches Landesamt“, wenn auch noch unter dem Kopf des Ministeriums.

<u>Abschrift</u>	
Landesregierung Schleswig-Holstein Ministerium des Innern <u>K. 1. - 02.0.2.</u>	Schleswig, den 20. Januar 1947
An das Statistische Amt <u>in Kiel-Friedrichsort</u>	
<u>Betrifft:</u> Änderung der Amtsbezeichnung des Statistischen Amtes <u>Pruska</u> Bericht vom 14. 1. 1947	
Zur Führung der Amtsbezeichnung wie vorgeschlagen, und zwar "Landesregierung Schleswig-Holstein Ministerium des Innern Statistisches Landesamt" wird hiemit die Zustimmung erteilt.	
In Auftrage: gez. Dr. Clausen	
<u>Vermerk</u> Der Vorgang befindet sich in der Akte V - 068 bei der Verwaltung.	

Die Anfänge der amtlichen Statistik in Schleswig-Holstein führen jedoch – wie auch die Geschichte vieler Städte – weiter zurück. Eine erste Erwähnung findet sich für das Jahr 1720 – zur Zeit der dänischen Herrschaft – als die jährliche Verfertigung von Geburts- und Sterbelisten von Friedrich IV der Geistlichkeit aufgetragen wurde. Vom Königlichen General-Landesöconomie- und Commerzcollegium in Kopenhagen, dem diese Listen zu übersenden waren, wurden genaue Aufstellungsvorschriften

erlassen. Die erste Volkszählung in den Herzogtümern Schleswig und Holstein fand 1769 statt, die tabellarische Aufbereitung u. a. für steuerliche Zwecke wurde damals vom „Tabellen-Comptoir“ der königlichen Rentekammer besorgt. Offizielle statistische Behörde wurde später das 1849 in Kopenhagen eröffnete Statistische Bureau. Die dort bearbeiteten Statistiken wurden nach Loslösung der beiden Herzogtümer von Dänemark für kurze Zeit zum Teil von der Schleswig-Holsteinischen Zolldirection, für das Herzogtum Holstein von einem Statistischen Bureau in Kiel fortgeführt.

Mit Eingliederung der Herzogtümer als Provinz in das Königreich Preußen ging die Zuständigkeit für die Statistik an das Königliche Preußische Statistische Bureau, nach dessen Auflösung 1934 an das Statistische Reichsamtsamt in Berlin über. Im Jahre 1939 wurde in der Verwaltung des Provinzialverbandes eine eigene Statistische Dienststelle in Kiel eingerichtet.

*„Das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein wird als Landesoberbehörde errichtet. Ihm obliegt die Durchführung der Bundes- und Landesstatistiken für den Bereich des Landes Schleswig-Holstein.“*

*(aus der Verordnung auf Grund des § 8 Landesverwaltungsgesetz vom 18.04.1967)*

Die amtliche Statistik in Schleswig-Holstein mußte sich – anders als in den über 200 Jahren zuvor – ab 1946 grundsätzlich neu orientieren. Erstmals wurde nun ein großer Teil der Statistiken durch ein Amt im Lande selbst erhoben, aufbereitet und veröffentlicht. Diese eigenständige Rolle im Zusammenwirken mit den Statistischen Ämtern des Bundes und der anderen Länder drückt sich auch seit 1951 in der Anerkennung als Landesoberbehörde im Geschäftsbereich des Innenministeriums aus, die durch Landesverordnung von 1968 und im Landesstatistikgesetz von 1991 bestätigt wurde.

Dienstsitz des Statistischen Landesamtes ist heute wie 1947 die Landeshauptstadt Kiel, wengleich auch einige Umzüge im Stadtgebiet notwendig waren, bis es seit 1981 seinen jetzigen Standort im Stadtteil Hassee in einem Bau für die ehemalige Pädagogische Akademie nebst angebautem Marine-Lazarett-Bunker gefunden hatte.

# **Auftrag und Organisation der amtlichen Statistik**

Jedes moderne Gemeinwesen, in besonderem Maße ein hochindustrialisierter Staat mit einem komplexen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem wie die Bundesrepublik Deutschland, ist auf verlässliche statistische Informationen angewiesen. Eine der wichtigsten Quellen für objektive und zuverlässige Daten aus allen wichtigen Lebensbereichen bietet die amtliche Statistik.

In Deutschland ist die amtliche Statistik überwiegend Bundesstatistik und beruht dabei auf Bundesgesetzen, zunehmend auch geprägt durch Rechtsvorschriften der Europäischen Union. Gemäß dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik obliegt die Durchführung den statistischen Ämtern in Bund und Ländern als zuständigen Fachbehörden. Während das Statistische Bundesamt für methodische und technische Vorbereitungen und Koordinierungen sowie für die Zusammenstellung und Veröffentlichung von Bundesergebnissen zuständig ist, liegt die Aufgabe der Durchführung, d. h. der Erhebung und Aufbereitung bis zum Landesergebnis, sowie die Veröffentlichung der Ergebnisse bis auf wenige Ausnahmen bei den statistischen Ämtern der Länder. Hier werden zusätzlich auch zahlreiche (z. T. länderübergreifend koordinierte) Landesstatistiken und Aufgaben im Auftrag der Landesregierungen bearbeitet. Erwähnt werden sollen an dieser Stelle auch die zahlreichen Einrichtungen der Kommunal- und Städtestatistik, die in der Regel kleinräumig unterhalb der Gemeindeebene (z. B. Stadtteile) arbeiten.

Durch die Arbeiten auf allen Ebenen werden gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge für den Bund, die Länder und Kommunen aufgezeigt. Sie bieten eine wichtige und umfassende Datenbasis für Nutzer in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, in Organisationen und Verbänden, für die Medien und für alle Bürgerinnen und Bürger.

*„Die Statistik hat erhebliche Bedeutung für eine staatliche Politik, die den Prinzipien und Richtlinien des Grundgesetzes verpflichtet ist. ... Es (bedarf) einer umfassenden, kontinuierlichen sowie laufend aktualisierten Information über die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zusammenhänge. Erst die Kenntnis der relevanten Daten ... schafft die für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik unentbehrliche Handlungsgrundlage.“*

*(aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1983 zur Volkszählung)*

Besonderes Kennzeichen der amtlichen Bundes- und Länderstatistik ist, daß sie auf Spezialbehörden konzentriert ist, daß ihr Programm gesetzlich oder durch Verwaltungsvorschriften festgelegt ist, daß die Auskunftspflicht rechtlich bestimmt ist und daß sie besonders strengen Datenschutz- und Geheimhaltungsvorschriften unterliegt.

Geheimzuhalten sind laut Bundesstatistikgesetz die für Statistiken erhobenen Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse. Diese Verpflichtung steht dabei im Einklang mit der Methodik und dem Ziel jeder Statistik: Das Messen, Vergleichen und Darstellen von Massenerscheinungen ist Mittelpunkt unserer Arbeit; dabei geht es nie um ein einzelnes Individuum, sondern immer um Häufigkeiten von Eigenschaften in Mengen einzelner Elemente. Oberste Grundsätze für die Arbeit der statistischen Ämter von Bund und Ländern sind dabei Neutralität, Objektivität und wissenschaftliche Unabhängigkeit.

Das fachliche Programm, das von der amtlichen Statistik bearbeitet wird, ist weit gespannt und in seiner Entwicklung im wesentlichen beeinflusst vom Wachstum und von der zunehmenden Differenzierung in Wirtschaft und Gesellschaft, von wachsenden staatlichen Leistungen in vielen Bereichen sowie von der zunehmenden europäischen Integration. Gesellschaftspolitische Diskussionen auf vielen Gebieten haben oft zu Änderungen oder Erweiterungen des statistischen Programms geführt.

Das ständig wachsende, gesetzlich festgelegte Erhebungsprogramm hat die statistischen Ämter heute an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gebracht. Verschärfte haushaltsmäßige Restriktionen zwingen mehr denn je zu einer Entlastung des Programms von Entbehrlichem und zur Ausschöpfung aller Rationalisierungspotentiale. Ein Bild von den wesentlichen, heute vom Statistischen Landesamt bearbeiteten Fachstatistiken und Aufgaben, von unseren Ressourcen und den von uns gebotenen Dienstleistungen wird im folgenden Abschnitt gezeichnet.

# Bevölkerung

*Volkszählung:  
Tragende Säule  
des statistischen  
Programms*

Die Bevölkerungsstatistik ist einer der traditionsreichsten Zweige der amtlichen Statistik. Sie hat geschichtliche Vorbilder aus verschiedensten Epochen und Kulturen, sei es im alten China, in der Inkakultur Südamerikas oder im römischen Reich. Heute muß sich die Bevölkerung zur Zählung zwar nicht mehr auf den Weg in die jeweiligen Geburtsorte machen, wie bei der Zählung des Volkes zur Zeit der Geburt Christi, doch sind solche Volkszählungen als Vollerhebungen aller Einwohner – in der Regel kombiniert mit Gebäude- und Wohnungszählungen – auch in der modernen Statistik des 20. Jahrhunderts tragende Säulen der Bevölkerungsstatistik und des gesamten statistischen Systems. Mit ihren Ergebnissen liefern Volkszählungen, für die heutzutage stets ein eigenes Volkszählungsgesetz vom Gesetzgeber erlassen wird, neben der Zahl der Köpfe auch ein weitgefächertes Bild des Standes und der Struktur der Bevölkerung nach zahlreichen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Religions- und Haushaltszugehörigkeit, Schulausbildung, Erwerbstätigkeit und beruflicher Gliederung.

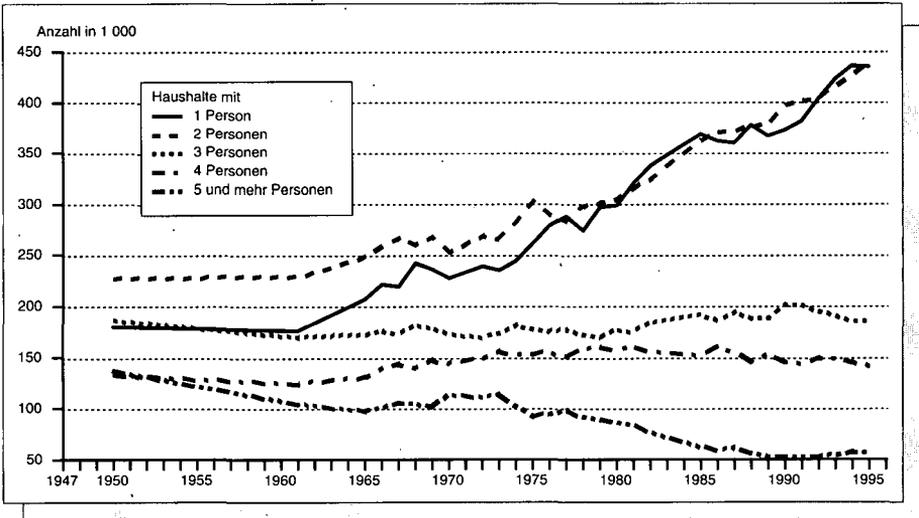
*Mikrozensus  
zur Fortschreibung  
der wichtigsten  
Daten*

Des großen Aufwandes und der Kosten wegen, die solche Zählungen (auch Zensen genannt) verursachen, können sie nicht sehr häufig durchgeführt werden. Die Vereinten Nationen empfehlen für Volkszählungen einen Abstand von zehn Jahren. In Deutschland wird in den Jahren zwischen zwei Volkszählungen deshalb der Mikrozensus, eine jährliche Repräsentativstatistik mit einem Auswahlsatz von 1 % aller Haushalte, erhoben. Mit dieser Stichprobe werden die wichtigsten bevölkerungs- und arbeitsmarktstatistischen Daten für private Haushalte und ihre Mitglieder schnell, kostensparend und zuverlässig ermittelt.

Das dritte Teilgebiet der Bevölkerungsstatistik im engeren Sinne sind die laufenden Bevölkerungsstatistiken, deren Durchführung im einzelnen das Bevölkerungsstatistikgesetz regelt. Kernstück ist die gemeindeweise Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. In der Fortschreibung wer-

den auf Basis der Ausgangsbevölkerung der letzten allgemeinen Zählung monatlich die Geborenen und Zuzüge hinzugezählt sowie die Gestorbenen und Fortzüge abgezogen. Die Fortschreibung liefert monatlich nach dem Geschlecht gegliederte Bevölkerungszahlen, quartalsweise

### Entwicklung der Haushalte in Schleswig-Holstein



*Laufende Bevölkerungsstatistik als System verschiedener Erhebungen*

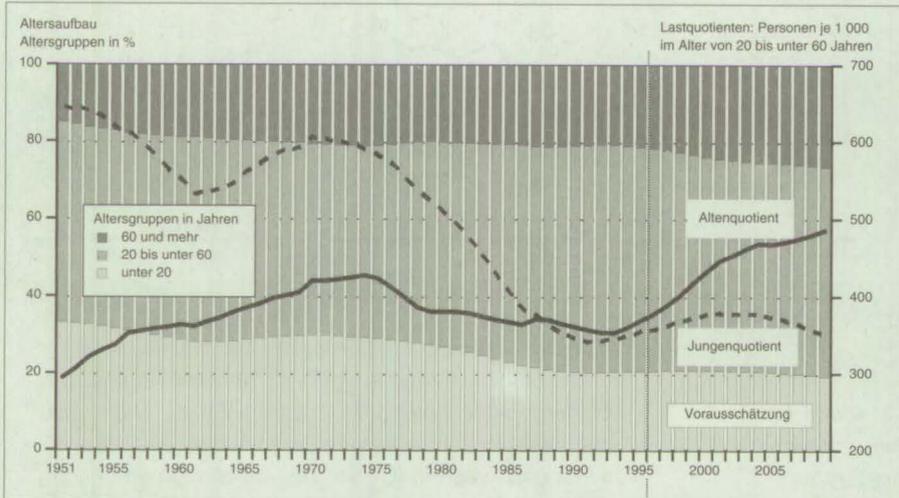
nach dem Geschlecht für Deutsche und Nichtdeutsche, jährlich zusätzlich nach Alters- und Geburtsjahren sowie nach dem Familienstand für kreisfreie Städte und Kreise. Datenquelle ist zum einen die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geborene und Gestorbene nach den Beurkundungen der Standesämter) und zum anderen die Wanderungsstatistik (Zu- und Fortzüge nach den Meldescheinen der Meldebehörden). Über die für die Bevölkerungsfortschreibung erforderlichen Merkmale hinaus liefern diese Statistiken eigenständige Ergebnisse mit weiteren Angaben zu den geborenen Kindern und ihren Eltern sowie den Gestorbenen.

Zu den Ereignissen im Leben der Menschen können die Schließung oder die Zerüttung von Ehen gehören, die mit der damit verbundenen Veränderung des Familienstandes Einfluß auf die Bevölkerungsstruktur haben. Die Statistiken

der Eheschließungen und der Ehescheidungen gehören damit ebenfalls zum Kanon der laufenden Bevölkerungsstatistiken und werden über das Merkmal Familienstand bei der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes berücksichtigt.

Organisatorisch in die Erhebung der Sterbefälle eingebunden ist schließlich die Statistik der Todesursachen, die auf den medizinischen Ergebnissen der Leichenschau basiert und in Verbindung mit den demographischen Daten der Sterbefälle wichtige Grundlagendaten für Gesundheitsvorsorge und -politik bereitstellt.

### Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung in Schleswig-Holstein



Die aus den einzelnen Statistiken gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage für unterschiedliche Berechnungswerke der Bevölkerungsstatistik, die für Wirtschaft, Verwaltung und Politik große Bedeutung haben. Genannt seien die Sterbetafelberechnungen als Voraussetzung für versicherungsmathematische sowie für Renten- und Erbvertragsberechnungen oder die Prognosen und Modellrechnungen zur künftigen Bevölkerungs-, Haushalts- oder Erwerbstätigenentwicklung, die maßgeblicher Ausgangspunkt für Zukunftsplanungen sind.

### *Wandel der Bevölkerungs- strukturen*

So wird der demographische Wandel unserer Gesellschaft und seine sozio-ökonomischen Folgen erst durch Prognosen in die Zukunft in seiner vollen Tragweite transparent. Die Veränderungen im Altersaufbau von einer ursprünglich wachsenden, in eine schrumpfende Bevölkerung wurde durch den Geburtenrückgang in den sechziger und siebziger Jahren sowie die erhebliche Verlängerung der durchschnittlichen Lebenserwartung verursacht. Dies führt langfristig zu einer Überalterung der Bevölkerung. Immer weniger Personen werden in die üblicherweise im Erwerbsleben stehende Versorgungsbevölkerung von 20 bis unter 60 Jahren hineinwachsen, gleichzeitig gehen aber aus dieser Altersgruppe Jahr für Jahr starke Jahrgänge in den zu versorgenden Teil der 60 Jahre und älteren. Während 1946 auf 1 000 Personen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren 692 Jugendliche unter 20 Jahren und 258 Personen über 59 Jahren entfielen, so konnten 1995 nur noch 355 Jugendliche aber bereits 369 Personen älter als 59 Jahre registriert werden. Nach den aktuellen Bevölkerungsprognosen wird der Altenlastquotient bis zum Jahre 2010 bei annähernd konstanter Jugendquote um über 30 % auf 486 Personen im Alter von 60 Jahren und mehr je 1 000 Personen der Versorgungsbevölkerung steigen.

## *Ausbau der amtlichen Statistik zur Gesundheits- berichterstattung*

Ein wesentlicher Bestandteil der sich – auch europaweit – im Aufbau befindlichen Gesundheitsberichterstattung sind die Statistiken über die Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsdienstleistungen und die Verbreitung ansteckender Krankheiten. Diese sind dabei in den letzten Jahren an die erheblichen Veränderungen in der Bedeutung einzelner Krankheitsarten angepaßt worden.

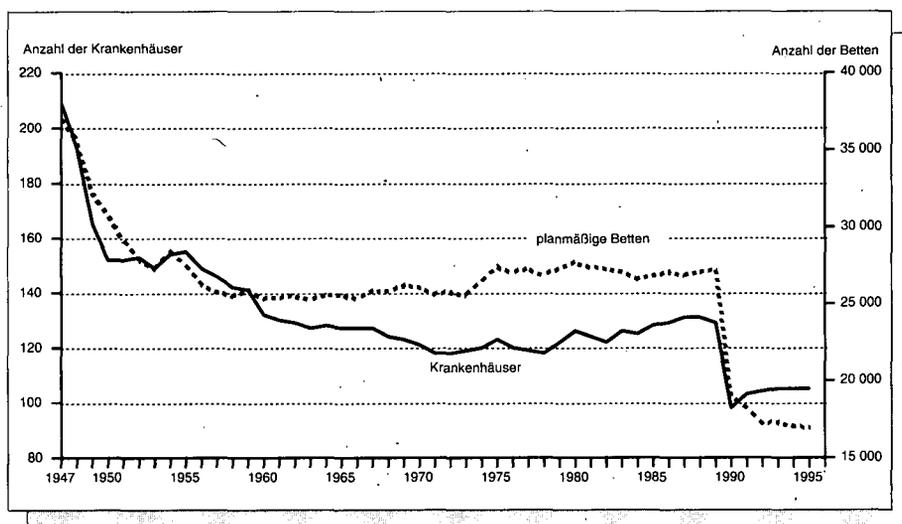
Stellten früher Infektionskrankheiten wie Tuberkulose, Diphtherie und Typhus neben Geschlechtskrankheiten eine wesentliche Bedrohung für die schleswig-holsteinische Bevölkerung dar, so leidet heute der größte Teil erkrankter Personen an Zivilisationskrankheiten, zu denen etwa die Herz-Kreislauf- und Krebserkrankungen gehören.

Um geeignete Maßnahmen der Seuchenbekämpfung einzuleiten, wurden die besonders ansteckenden Infektionskrankheiten mit einer Meldepflicht belegt. Die Zahl der gemeldeten Erkrankungen wurde von den Gesundheitsämtern wöchentlich weitergeleitet, und vom Statistischen Landesamt wurde daraus eine landesweite Wochenmeldung erstellt. Ab 1997 erfragt nur noch das Ministerium als oberste Gesundheitsbehörde des Landes diese Daten in wöchentlichem Rhythmus. Das Statistische Landesamt erstellt nur noch die entsprechende Jahresstatistik. Außer dieser Jahresstatistik über meldepflichtige Krankheiten und den Stichprobenergebnissen zum Gesundheitszustand im Mikrozensus gibt es keine weitere amtliche Statistik zum Krankheitsstand (Morbidität) in der Bevölkerung.

Um die Entwicklung der Zivilisationskrankheiten zumindest ansatzweise statistisch erfassen zu können, wurde die Krankenhausstatistik ab 1993 um die Diagnosestatistik erweitert. Dort wird jeder aus einem Krankenhaus entlassene, zuvor stationär behandelte Patient statistisch erfaßt. Die stationär behandelte Morbidität als Teilaspekt des Krankheitsgeschehens in Schleswig-Holstein ist dadurch gut abgebildet.

Außerdem wird die Zahl der Ärzte und Zahnärzte in Schleswig-Holstein erfaßt, die sich im Zeitablauf stark vergrößert hat. Diese liefert Anhaltspunkte für den Versorgungsgrad der Bevölkerung mit ärztlichen Dienstleistungen. 1950 wurden statistisch gesehen noch 808 Einwohner von einem Arzt betreut, 1967 immerhin noch 744. In den 70er und 80er Jahren stieg dann die Zahl der Ärzte stark an, so daß 1995 nur noch 292 Einwohner auf einen Arzt entfielen. Der Versorgungsgrad für zahnärztliche Betreuung entwickelte sich von 2 056 Einwohnern je Zahnarzt im Jahr 1950 hin zu 1 320 Einwohnern je Zahnarzt 1995.

### Krankenhäuser und Krankenhausbetten in Schleswig-Holstein

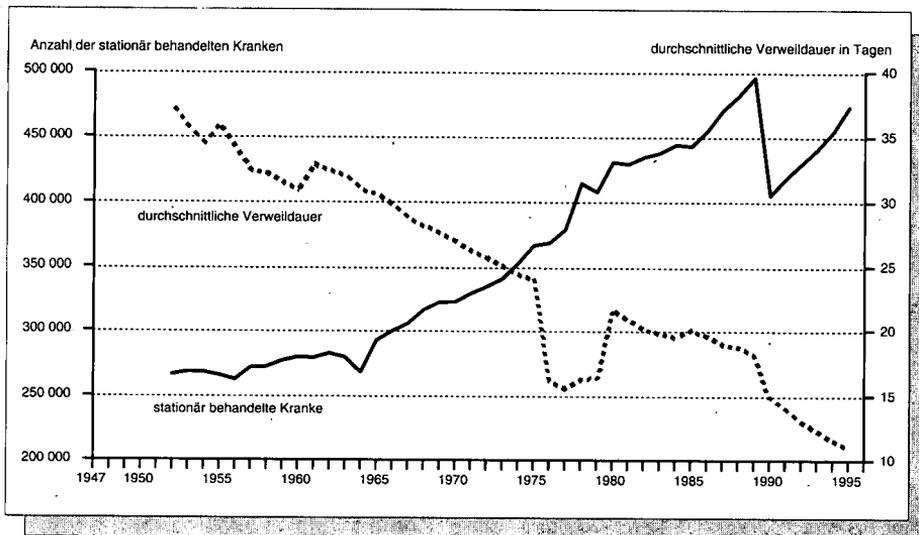


#### Strukturelle Verschiebungen im stationären Bereich

Die Zahl der Krankenhäuser ist seit 1947 deutlich zurückgegangen. Der Sprung im Jahr 1990 ist allerdings darauf zurückzuführen, daß seitdem Rehabilitations- und Vorsorgeeinrichtungen getrennt ausgewiesen werden. Auch die Gesamtzahl der Betten ist zunächst gesunken, um dann bis 1989 im wesentlichen konstant zu bleiben. Seit 1990 werden auch die Betten in Rehabilitations- und Vorsorgeeinrichtungen getrennt ausgewiesen. Der weitere Rückgang der Betten in Krankenhäusern nach 1990 wurde kompensiert durch einen Zuwachs in den Rehabilitations- und Vorsorgeeinrichtungen. Dies spiegelt die wachsende

Bedeutung dieses Bereiches für die Gesundheitsversorgung wider, die zunehmend auf Vor- und Nachsorge setzt. Die Zahl der behandelten Kranken ist kontinuierlich gestiegen, ihre Verweildauer im Krankenhaus dagegen drastisch reduziert worden.

### Krankenhauspatienten in Schleswig-Holstein



# Bildung und Ausbildung

## Hochschulen

Seit es ein staatliches Unterrichtswesen gibt, wird dieser Bereich in statistischen Aufzeichnungen festgehalten. Bundeseinheitliche Statistiken im Hochschulbereich begannen nach dem zweiten Weltkrieg mit dem Sommersemester 1949. Sie basierten auf Absprachen zwischen den Ländern und dem Bund. Mit dem Ausbau der Zuständigkeit des Bundes für das Hochschulwesen sowie für die Forschungs- und Bildungsplanung wuchs der Bedarf nach vergleichbaren statistischen Informationen, was seinen gesetzlichen Niederschlag im ersten Hochschulstatistikgesetz von 1971 fand. Die stürmischen Veränderungen im Hochschulbereich sowie die Vorgaben des Volkszählungsurteils machten es notwendig, 1990 mit dem Gesetz über die Statistik für das Hochschulwesen eine neue, bis heute gültige gesetzliche Grundlage zu schaffen. Erhoben, statistisch aufbereitet und analysiert werden Angaben zu den Studierenden, Prüfungen, Gasthörern, Habilitierten, zu Stellen und Personal im Hochschulbereich sowie zu den Räumen und Haushalten der verschiedenen Hochschularten. Die Ergebnisse der Hochschulstatistik werden für die Planung der akademischen Ausbildungs- und Forschungsinfrastruktur von Bund, Ländern und den Hochschulen benötigt.

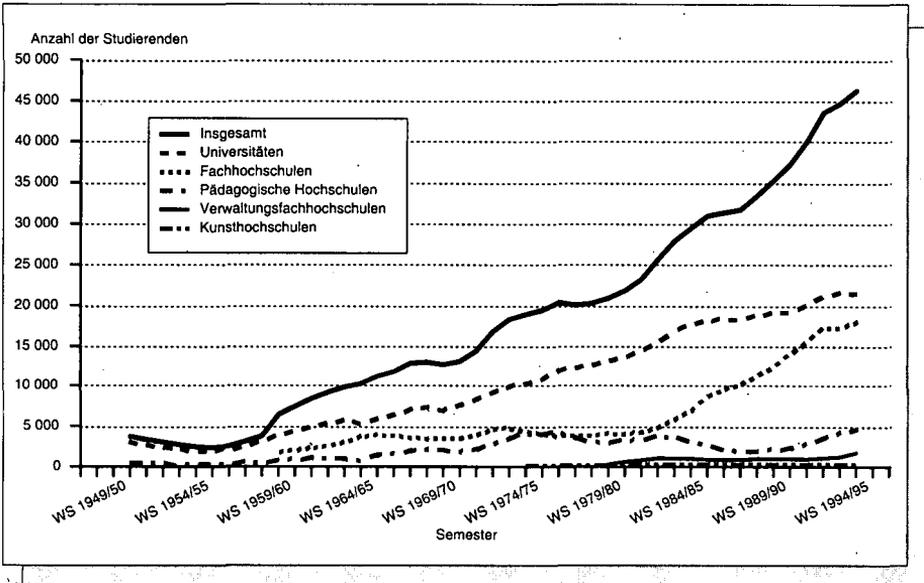
*Ergebnisse der Hochschulstatistik werden von Bund, Ländern und Hochschulen benötigt*

Die erste größere säkulare Lehranstalt Schleswig-Holsteins, die Christian-Albrechts-Universität, wurde 1665 in Kiel gegründet und hatte damals 140 eingeschriebene Studenten. Erst im Sommersemester des Jahres 1900 überschritt ihre Studentenzahl die 1 000er Marke. Im Wintersemester 1949/50 waren hier 3 230 Studentinnen und Studenten eingeschrieben, an den Pädagogischen Hochschulen Kiel und Flensburg 489 Lernende. Zu einem sprunghaften Anstieg der Studierenden kam es, als 1958 Fachhochschulen und die Musikhochschule den Lehrbetrieb aufnahmen. Bereits im Wintersemester 1960/61 hatte sich die Zahl der Studierenden gegenüber dem Winterse-

*Ungebremster Anstieg von Studierenden in Schleswig-Holstein*

mester 1949/50 mehr als verdoppelt. Bis heute ist der Anstieg der Studierenden ungebremst, sicherlich gefördert durch weitere Neugründungen von Hochschulen. Im Win-

### Studierende an den Hochschulen in Schleswig-Holstein



tersemester 1996/97 werden nach derzeit vorliegendem Stand knapp 44 500 Studierende an den schleswig-holsteinischen Hochschulen eingeschrieben sein.

### Schulen

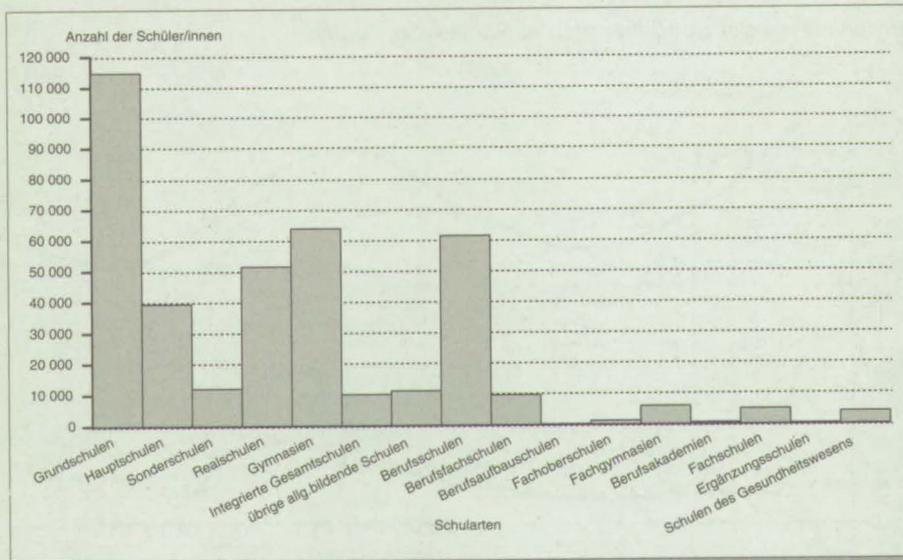
#### Schulstatistik ist Ländersache

Das Schulwesen mit seinen allgemein- und berufsbildenden Schulen und damit auch die Schulstatistik regeln die Länder in voller Selbständigkeit.

Es gibt daher auch kein Bundesgesetz für die Schulstatistik, das Statistische Bundesamt hat hier lediglich Koordinierungsfunktion, um eine vergleichbare Erhebung in den Bundesländern zu erreichen, deren Ergebnisse dann auch von den im Bildungswesen tätigen Institutionen des Bundes und der Länder (z. B. Ständige Konferenz der Kultusminister) genutzt werden können. Die Erhebungen des

Statistischen Landesamtes werden auf Grundlage des schleswig-holsteinischen Schulgesetzes durchgeführt. Ihre Ergebnisse dienen schulorganisatorischen Zwecken sowie der Erfüllung von Aufgaben der regionalen Bildungspolitik und -planung.

### **Verteilung der Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 1995/96 auf die Schularten in Schleswig-Holstein**



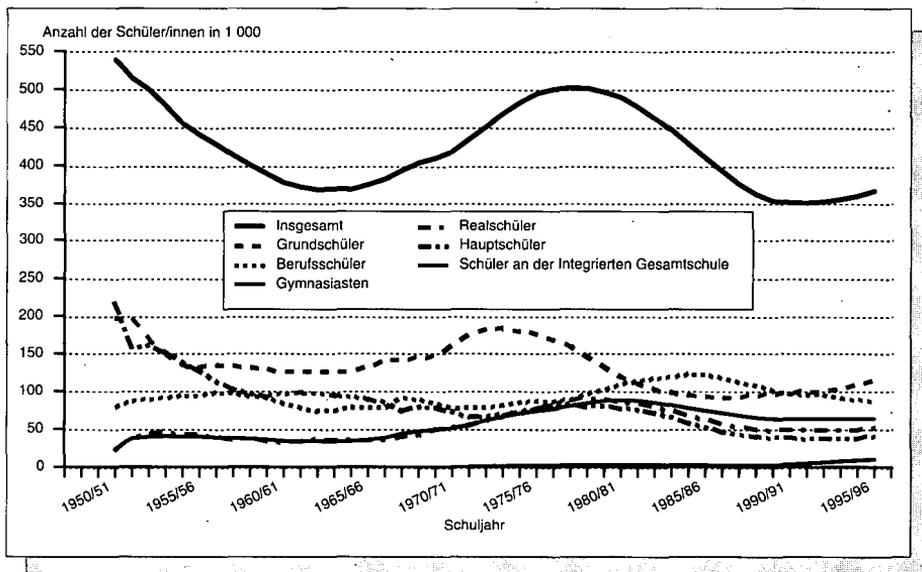
### **Struktureller Wandel in Ausbildungsstätten**

Sowohl die allgemeinbildenden als auch die berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein sind in verschiedene Schularten gegliedert, die je nach Alter, Begabung und Bildungsneigung ein vielfältiges Ausbildungsangebot bereithalten. Die im Schuljahr 1995/96 rund 390 000 Schülerinnen und Schüler verteilen sich auf eine große Zahl unterschiedlicher Schularten.

Der Besuch der einzelnen Schularten hat sich im Zeitverlauf nicht nur aufgrund demographischer Trends gravierend verändert. Die Grundschulinnen und -schüler wechseln nach Beendigung der 4. Klassenstufe auf eine weiterführende Schule über. Bis einschließlich 1970 mußten die Schüler, die auf eine Realschule oder ein Gymna-

sium gehen wollten, zum Nachweis ihrer Befähigung eine Übergangsprüfung ablegen. Von Beginn des Schuljahres 1971/72 an kann jedes Kind nach erfolgreichem Besuch der Grundschule in eine schulartabhängige Orientierungsstufe – sie umfaßt die Klassenstufen 5 und 6 – aufgenommen werden. Die Schulart wird unter Berücksichtigung eines Gutachtens der Grundschule von den Erziehungsberechtigten bestimmt.

### Entwicklung der Schülerzahlen in Schleswig-Holstein



Zeigte das Ausbildungsverhalten der Schülerinnen und Schüler bereits in den 50er und 60er Jahren eine leicht steigende Tendenz zu höher qualifizierenden Schulen, so stiegen die Übergänge zu Realschulen und Gymnasien ab 1971 deutlich an.

Entschieden sich Mitte der fünfziger Jahre gut zwei Drittel der Grundschulabgänger für die Hauptschule als weiterführende Schule, so waren es im Schuljahr 1995/96 weniger als ein Viertel; über ein Drittel wechselte jetzt auf Realschulen, knapp ein Drittel auf ein Gymnasium und etwas weniger als 10 % starteten in einer Integrierten Gesamtschule in die Sekundarstufe.

## **Berufliche Ausbildung**

Im Berufsbildungsgesetz ist festgelegt, daß die Durchführung der Berufsausbildung in den Betrieben von den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern sowie sonstigen Kammern überwacht und gefördert wird. Sie führen Verzeichnisse der Berufsausbildungsverhältnisse und melden diese stichtagsbezogen an die Statistischen Landesämter.

Die überwiegende Zahl der jungen Menschen wählt im Anschluß an den Besuch allgemeinbildender Schulen eine betriebliche Ausbildung und besucht im Rahmen der dualen Ausbildung eine Berufsschule, in der die Theorie des Ausbildungsberufes vorzugsweise in Fachklassen erlernt wird. Verbunden ist damit ein Unterrichtsprogramm zur Vertiefung und Ergänzung der Allgemeinbildung. Die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre schlugen sich dabei zunächst in einem Schülerberg in den Grundschulen nieder und führten dann mit entsprechender zeitlicher Verschiebung zu steigenden Zahlen der Auszubildenden in den Berufsschulen ab dem Schuljahr 1976/77. Bei der Beurteilung der Entwicklung der Auszubildendenverhältnisse in den verschiedenen Ausbildungsbereichen ist zu berücksichtigen, daß ab 1973 zusätzlich zu den Bereichen Industrie, Handel ( einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe ) und Handwerk, in denen etwa 80 % der Jugendlichen ihre Ausbildung absolvieren, auch die Zahl der Auszubildenden in den Bereichen öffentlicher Dienst und freie Berufe sowie – in geringerem Umfang – Landwirtschaft, Seeschifffahrt und Hauswirtschaft erhoben werden.

# Rechtspflege

Informationen über die Arbeit in den verschiedenen Institutionen der Rechtspflege, über Verbrechen, Vergehen, Rechtsfälle und abgeurteilte Personen machen das Rechtswesen transparent. Die Statistiken im Bereich der Rechtspflege geben dabei einen Überblick über den Geschäftsanfall der Gerichte und über die juristischen Konsequenzen von Straftaten. Ihre Ergebnisse sind Grundlage für rechtspolitische Entscheidungen.

## *Rechtspflege- statistik ist Sache der Länder*

Die Erhebungen der amtlichen Statistik werden – anders als in anderen Bereichen – fast ausschließlich als Statistiken der Länder durchgeführt, die allerdings bundesweit abgestimmt sind. Neben den Geschäftsstatistiken geben verschiedene personenbezogene Erhebungen Auskunft über Unterstellungen unter Bewährungshilfe, über die Gefangenen in den Haftanstalten Schleswig-Holsteins und über die Strafverfolgung.

In der Strafverfolgungsstatistik, die unter den genannten Erhebungen die wichtigste darstellt, werden alle rechtskräftig abgeurteilten Personen gezählt. Rechtskräftig Abgeurteilte sind dabei solche Personen, die nach Abschluß des Strafverfahrens entweder verurteilt oder freigesprochen wurden, oder bei denen das Verfahren eingestellt oder von Strafe abgesehen wurde. Da einerseits ein Straftäter mehrere Straftaten begangen haben kann, andererseits viele Straftaten unaufgeklärt bleiben, sind die Ergebnisse nicht vergleichbar mit der Kriminalstatistik, die bei der Polizei entsteht und bei der die Zahl der gemeldeten Straftaten erhoben wird.

Unterschieden wird in der Strafverfolgungsstatistik danach, ob die Aburteilung nach Jugendstrafrecht oder nach allgemeinem Strafrecht erfolgte. Erwachsene, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, werden nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt. Heranwachsende im Alter von 18 bis 20 Jahren können nach allgemeinem oder nach Jugendstrafrecht, und Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren

dürfen nur nach dem Jugendgerichtsgesetz abgeurteilt werden.

In dieser Form werden die Daten seit 1954 erhoben, nachdem 1953 das Jugendgerichtsgesetz in Kraft trat. Im Falle der Verurteilung wird auch erfaßt, nach welchen Paragraphen des Strafgesetzbuches der Urteilsspruch erfolgte und welches Strafmaß verhängt wurde.

### **Rechtskräftig Abgeurteilte und Verurteilte nach allgemeinem Strafrecht in Schleswig-Holstein**



Der Anteil der Verurteilungen an den Aburteilungen ist über die vergangenen 50 Jahre immer hoch gewesen. Der Grund dafür ist, daß meist nur solche Fälle vor Gericht verhandelt werden, bei denen eine Verurteilung wahrscheinlich ist; in den anderen Fällen wird das Ermittlungsverfahren häufig eingestellt.

Sowohl die Zahl der Aburteilungen und Verurteilungen nach allgemeinem als auch nach Jugendstrafrecht sind nach einem starken Anstieg in den letzten Jahren wieder zurückgegangen. Für diese Entwicklung kann nicht der Trend der Bevölkerungsentwicklung verantwortlich gemacht werden: 1955 wurden von 100 000 strafmündigen

Einwohnern 861 verurteilt, 1974 waren es 1 386 und 1995 nur noch 944.

Der Anteil der nach dem Jugendstrafrecht verurteilten an den insgesamt verurteilten Personen liegt 1995 mit 11,4 % wieder fast so niedrig wie 1954 mit 10,1 %. Während der betrachteten 50 Jahre hatte dieser Anteil allerdings zu- meist deutlich höher gelegen. 1959 betrug er 20 %, dann ging er zurück, stieg aber bis 1982 wieder auf 22 %.

### **Rechtskräftig Abgeurteilte und Verurteilte nach Jugendstrafrecht in Schleswig-Holstein**



An einer Tatsache hat sich hingegen über die Zeit nichts geändert: Nach wie vor werden wesentlich weniger Frauen verurteilt als Männer. 1995 betrug die Maßzahl „Verurteilte je 100 000 strafmündige Einwohner“ für Frauen 250, für Männer aber 1 686.

# Wahlen

Bei der Durchführung von Wahlen in Schleswig-Holstein, sei es Kommunal-, Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen, kommen den Mitarbeitern des Statistischen Landesamtes verschiedene, je nach Wahlart unterschiedliche Aufgaben zu, deren Rechtsgrundlagen sich nicht wie in vielen anderen Statistikbereichen in statistischen Spezialgesetzen finden, sondern in den Wahlgesetzen selbst.

Die Arbeit der amtlichen Statistik unterscheidet sich dabei deutlich von der der Wahlforschungsinstitute, die meist im Auftrag von Fernsehanstalten an den Wahlabenden laufend durch hochgerechnete Stichprobenergebnisse Prognosen zum Wahlergebnis erstellen.

## ***Aufbereitung der Wahlergebnisse***

*Statistische  
Aufgabe für alle  
Wahlen:  
Landesergebnisse  
aus 2 800  
Wahlbezirken*

An den Wahltagen bildet das Statistische Landesamt das Rechenzentrum für den Landeswahlleiter mit dem Auftrag, amtliche vorläufige Endergebnisse für das Land zu ermitteln. Dazu werden die vorläufigen Ergebnismeldungen aus etwa 2 800 Wahlbezirken über die Gemeinde- und Kreiswahlleiter zusammengetragen und zu einem Landesergebnis aggregiert, das am Abend der Wahl der Öffentlichkeit mitgeteilt wird. Bei Landtagswahlen kommt die wichtige Aufgabe hinzu, noch am Wahlabend die Sitzverteilung für den neuen Landtag zu berechnen und diejenigen Personen namentlich festzulegen, die in das neue Landesparlament einziehen werden. Haben die örtlichen Wahlausschüsse und die Kreiswahlausschüsse wenige Tage nach einer Wahl ihre Beschlüsse über das endgültige Wahlergebnis gefaßt, ist es Aufgabe des Statistischen Landesamtes, die Wahlbezirksergebnisse zu einem Landesergebnis zu aggregieren. Dabei sind einerseits die Wahl Niederschriften der Kreiswahlausschüsse und die Kreiswahlergebnisse auf rechnerische Richtigkeit für die Beschlußfassung des Landeswahlausschusses zu prüfen, andererseits die Wahlergebnisse aufzubereiten und der Öffentlichkeit zu präsentieren. Veröffentlicht werden die Wahlbeteiligung sowie

Stimmenergebnisse aller kandidierenden Parteien für Wahlbezirke, Gemeinden, für administrative Kreise sowie für Landtags- oder Bundestagswahlkreise. Durch Statistische Berichte und Aufbereitungen auf Datenträgern stehen umfassende Datengrundlagen für Dokumentation und Wahlanalyse zur Verfügung.

### ***Wahlstatistik***

Über die reine Darstellung der Wahlergebnisse hinaus wird auch eine Statistik über die Wahlberechtigten sowie die Wählerinnen und Wähler nach ihrer Stimmenabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge nach den Merkmalen Alter und Geschlecht durchgeführt. In ausgewählten Wahlbezirken werden die Wählerverzeichnisse ausgezählt sowie besonders gekennzeichnete Stimmzettel ausgegeben, um eine Auszählung hinsichtlich der genannten Merkmale vorzunehmen. Durch Hochrechnung zu einem Landesergebnis lassen sich Aussagen darüber treffen, wie stark z. B. das Wahlinteresse der Jungwähler war oder wie häufig ältere Wählerinnen und Wähler ihre Stimme einer bestimmten Partei gegeben hatten. Die Ergebnisse dieser Statistik stoßen regelmäßig auf großes öffentliches Interesse.

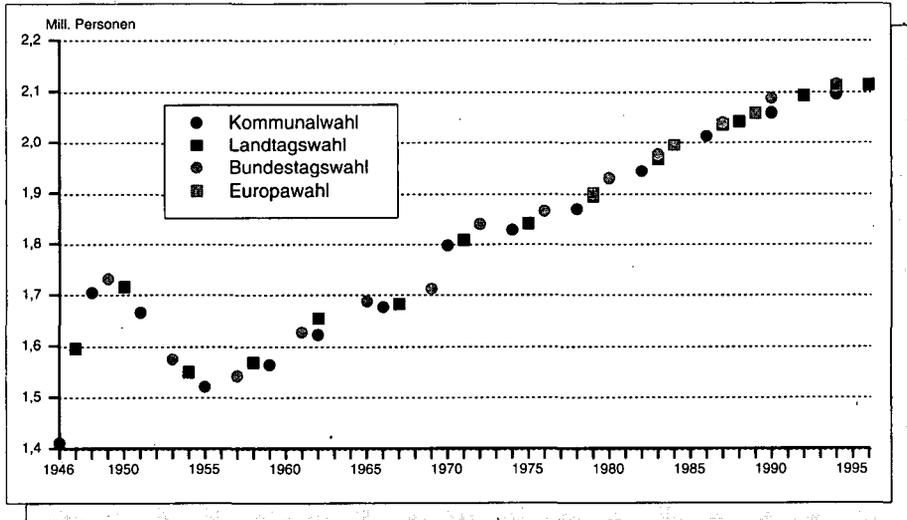
### ***Wahlberechtigte und Beteiligung***

*Seit 1955  
steigende Zahl der  
Wahlberechtigten*

Das Statistische Landesamt ist seit der Landtagswahl vom 20. April 1947 mit der statistischen Auswertung der Wahlen in Schleswig-Holstein betraut. Seitdem wurden die Ergebnisse von 13 Kommunal-, 14 Landtags-, 13 Bundestags- und 4 Europawahlen aufbereitet und veröffentlicht, durchschnittlich also fast eine Wahl pro Jahr. Im Ausnahmewahljahr 1994 wurden mit der Kommunal-, Europa- und Bundestagswahl erstmalig sogar drei Wahlen in einem Jahr durchgeführt. Diese fünfzig Jahre „Wahlgeschichte“ waren gekennzeichnet von einer wechselnden Stärke des Volkes als eigentlichem Souverän, gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten. Ende der vierziger Jahre sorgten die Flüchtlings- und Vertriebenenbewegungen auch bei der Zahl der Wahlberechtigten für eine Zunahme auf 1,73 Mill. Wahlberechtigte zur Bundestagswahl 1949. Durch Umsiedlungen von Teilen dieses Personenkreises in andere

Regionen des Bundesgebietes kam es in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre zu einem Rückgang auf ein Minimum von 1,52 Mill. Personen bei der Kommunalwahl 1955. Nach diesem Wendepunkt vergrößerte sich, im wesentlichen bestimmt durch das natürliche Wachstum der Bevölkerung,

### Wahlberechtigte bei Wahlen in Schleswig-Holstein



die Zahl der Wahlberechtigten von Wahl zu Wahl auf zuletzt 2,11 Mill. Personen bei der Landtagswahl 1996. Der stetige Zuwachs wurde lediglich Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre durch einen sprunghaften Anstieg aufgrund der Herabsetzung des aktiven Wahlalters von 21 auf 18 Jahre unterbrochen.

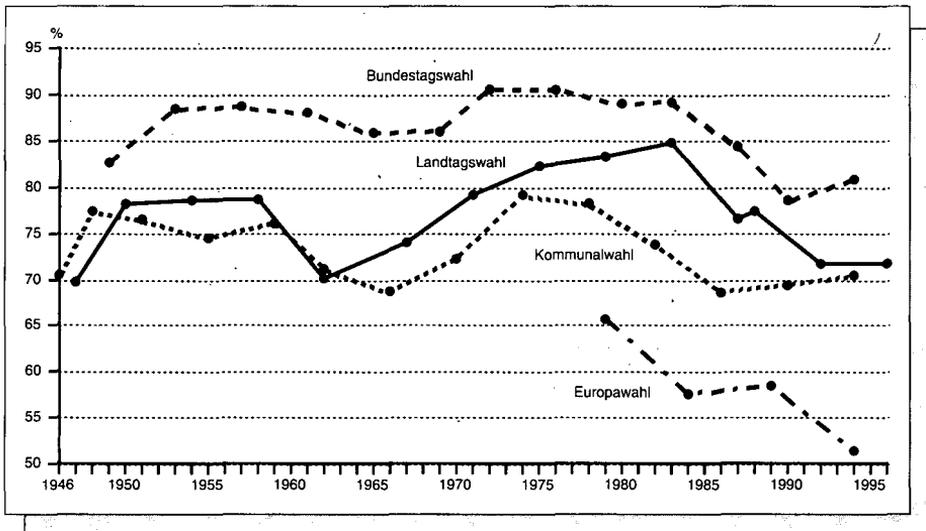
### Sinkende Wahlbeteiligung seit Anfang der 80er Jahre

Von besonderem öffentlichen und politischen Interesse ist stets die Wahlbeteiligung. Der Anteil derjenigen, die ihre Stimme abgeben, ist auch ein Maß für die Legitimation des gewählten Parlaments. Auf der anderen Seite wird der Anteil derjenigen, die ihre Stimme nicht abgeben, als Indikator für Wahlmüdigkeit, Politik- oder Staatsverdrossenheit herangezogen.

Die Wahlbeteiligung bei Wahlen in Schleswig-Holstein läßt sich deutlich nach den vier Wahlarten unterscheiden. Die

Wahl zum Europäischen Parlament findet generell das geringste Interesse, die Wahl zum Deutschen Bundestag dagegen das höchste. Während für die Europawahl von der ersten Wahl an ein zunehmendes Desinteresse festzustellen ist, sind bei den anderen Wahlen auch positive Phasen

### Wahlbeteiligung bei Wahlen in Schleswig-Holstein



auszumachen. Mit der Bundestagswahl 1972 stieg die Wahlbeteiligung auf über 90 %, und es gab vier Wahlen nacheinander auf ähnlich hohem Niveau. Bei Landtagswahlen begann mit der Wahl 1967 eine Aufwärtsentwicklung bis zu einer Beteiligung von 85 % bei der Wahl 1983, bei Kommunalwahlen begann eine solche Phase mit der Wahl 1970. Seit Anfang bis Mitte der achtziger Jahre ist jedoch ein bedenklicher Rückgang des Wahlinteresses bei Bundestags- und Landtagswahlen festzustellen. Für diesen Vertrauensverlust mag es eine Vielzahl von Gründen geben; einen Beitrag dazu haben sicherlich auch die politischen Affären in Schleswig-Holstein in den achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre geleistet.

# Erwerbstätigkeit

Wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklungen werden im besonderen unter dem Aspekt von Arbeitsplätzen und Beschäftigung betrachtet. Dazu gibt es eine Reihe von Statistiken, die jeweils Teilaspekte der Erwerbstätigkeit beleuchten, etwa die Beschäftigung in bestimmten Wirtschaftsbereichen oder Beschäftigte, die der Sozialversicherungspflicht unterliegen.

## **Erfassungskonzepte**

Als Erwerbstätige gelten alle, die eine auf wirtschaftlichen Erwerb ausgerichtete Tätigkeit ausüben. Es spielt dabei weder eine Rolle, ob sie in abhängiger Beschäftigung oder in Selbständigkeit ausgeübt wird, noch, welchen zeitlichen Umfang sie einnimmt. Hausfrauen sowie ehrenamtlich Tätige zählen nicht zu den Erwerbstätigen.

Je nach Verwendungszweck werden unterschiedlich abgegrenzte Erfassungskonzepte verwendet. Eine regelmäßige, einheitliche Erfassung aller Erwerbstätigen liefert seit 1957 (außer in den Jahren 1983 und 1984) der Mikrozensus, der als jährliche Stichprobenerhebung bei 1 % der Bevölkerung die Erwerbstätigen an ihrem Wohnort zählt (Inländerkonzept). Er berücksichtigt somit keine Einpendler, läßt aber Aussagen über das Arbeitskräfteangebot in einer Region zu und liefert Ergebnisse in grober wirtschaftlicher Gliederung. Nach dem Inlandskonzept werden Erwerbstätige bei inländischen Wirtschaftseinheiten an ihrem Arbeitsort nachgewiesen, also einschließlich der Einpendler in die Region. Modifiziert erfaßt es auch Erwerbstätige bei diplomatischen und konsularischen Vertretungen sowie die zivilen Beschäftigten bei den Stationierungstreitkräften im früheren Bundesgebiet. Inlandskonzepte sind besonders geeignet zur regionalen Arbeitsmarktbeobachtung und werden in der Erwerbstätigenrechnung zugrunde gelegt. Basiswerte für Berechnungen auf regionaler Ebene bieten die in großen zeitlichen Abständen – zuletzt 1987 – durchgeführten Volks- und Arbeitsstättenzählungen, die

*Inländerkonzept:  
Erwerbstätige am  
Wohnort*

*Inlandskonzept:  
Erwerbstätige am  
Arbeitsort*

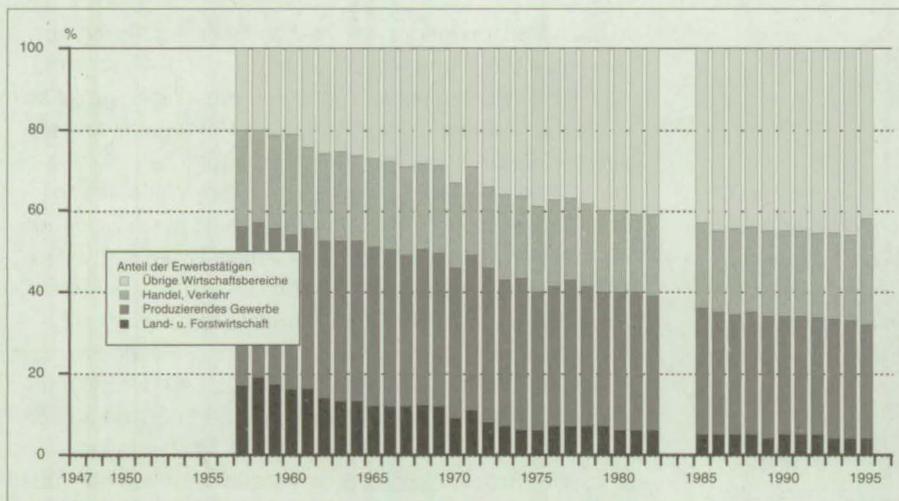
*Verschiedene Erhebungen für Teilaspekte der Erwerbstätigkeit*

eine große Differenzierung der Ergebnisse nach wirtschaftlichen und soziodemographischen Merkmalen ermöglichen. Weitere wichtige Informationsquellen für die Bestimmung der Erwerbstätigkeit sind die Beschäftigtenstatistik, die Daten über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bereitstellt sowie die auf Meldungen von Unternehmen und Betrieben basierenden Ergebnisse einzelner Fachstatistiken. Die Zahl der Beamten kann der Personalstandstatistik entnommen werden. Für die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen werden unter anderem auch Bereichsstatistiken als Quelle herangezogen.

**Struktur der Erwerbstätigkeit**

Generell spiegeln die Anteile der Erwerbstätigen in den Wirtschaftsbereichen, wie sie seit 1957 mit dem Mikrozensus erfaßt werden können, die wirtschaftliche Strukturentwicklung unseres Landes wider.

**Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen in Schleswig-Holstein**



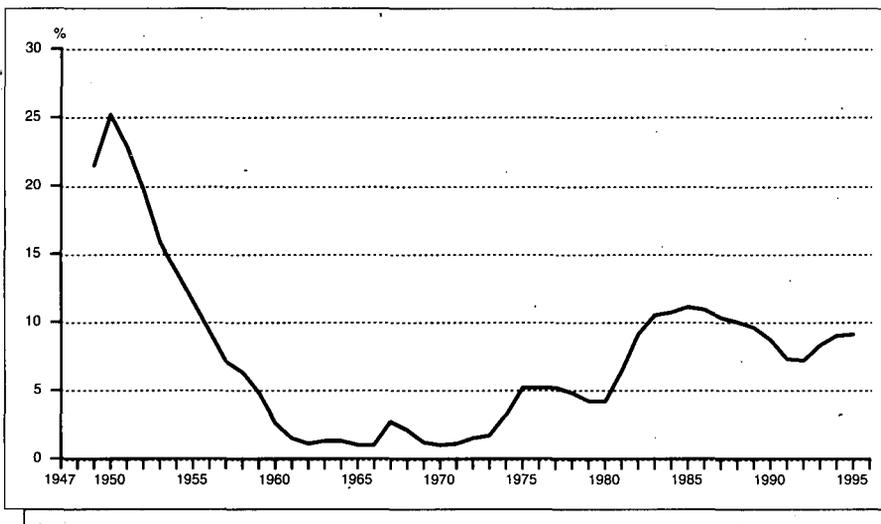
Die Zeitreihe der Erwerbstätigenrechnung, die differenziertere Betrachtungen ermöglicht, reicht mittlerweile vom Basisjahr 1987 bis 1994. Dort lassen sich in der Betrachtung der Beschäftigungsstruktur nach Wirtschaftsabteilungen

noch deutlicher die Regionalspezifika erkennen, die Schleswig-Holstein von Westdeutschland unterscheiden: bei uns bedeutsamer sind, gemessen an der Zahl der Arbeitsplätze, insbesondere der Staat, das Baugewerbe, der Handel und die Landwirtschaft, weniger bedeutsam dagegen das Verarbeitende Gewerbe sowie Kreditinstitute und Versicherungen.

### Strukturwandel in Schleswig-Holstein

Im gleichen Betrachtungszeitraum sind die Anteile der Wirtschaftsabteilungen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei wie auch des Verarbeitenden Gewerbes an allen Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein kontinuierlich zurückgegangen, während die Anteile der Wirtschaftsabteilungen Kreditinstitute und Versicherungen sowie Energie- und Wasserversorgung, Bergbau etwa gleich geblieben sind. An Bedeutung gewonnen haben die Sonstigen Dienstleistungsunternehmen, der Handel, Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte, die Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung und das Baugewerbe. Nach wie vor hat das Verarbeitende Gewerbe den größten Anteil, die Energie- und Wasserversorgung einschließlich Bergbau den geringsten Anteil an allen Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein.

### Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein (Jahresdurchschnitt)



## ***Entwicklung der Arbeitslosigkeit***

In engem Zusammenhang mit dem regionalen Arbeitskräftepotential und dem Arbeitsmarktangebot steht nicht nur die Entwicklung der Erwerbstätigkeit, sondern auch die Struktur und Entwicklung der Arbeitslosigkeit.

Die Daten, die das Statistische Landesamt hierzu regelmäßig veröffentlicht, stammen nicht aus einer eigenen Erhebung, sondern präsentieren Daten, die durch die Arbeitsämter ermittelt und durch das Landesarbeitsamt aufbereitet werden. Bezugsgröße zur Berechnung der Quote ist die Zahl der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. Diese wurde bis 1965 nach Karteien der Arbeitsämter, danach bis 1986 nach dem Mikrozensus, bis 1989 nach Ergebnissen der Volkszählung und ab 1990 nach der Beschäftigtenstatistik zuzüglich der Zahl der geringfügig Beschäftigten (Mikrozensus), der Zahl der Beamten (Personalstandsstatistik) und der Zahl der gemeldeten Arbeitslosen berechnet.

# Landwirtschaft

Durch die Änderung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vollzog sich in den zurückliegenden fünf Jahrzehnten ein überwältigender technologischer, betrieblicher, wirtschaftlicher und struktureller Wandel in der Landwirtschaft, der sich in stark veränderten Schwerpunkten der Agrarstatistik dieser Jahrzehnte widerspiegelt. Neben ihrer traditionellen Aufgabe, Informationen zur Nahrungsmittelproduktion bereitzustellen, hat die Agrarstatistik längst weiterreichende Informationsbedürfnisse nach der Struktur der Produktionsstätten sowie den sozialökonomischen Verhältnissen der dort tätigen Personen zu berücksichtigen. In neuerer Zeit werden auch ökologische Aspekte einbezogen. Diese Kenntnisse vermittelt überwiegend die amtliche Agrarstatistik. Ihre Daten werden seit vielen Jahrzehnten von Politik und Verwaltung, Berufsstand und Beratung, Verbänden, Wirtschaft, Wissenschaft und unterschiedlichsten Institutionen intensiv nachgefragt.

## *Harmonisiertes, aufeinander abgestimmtes Agrarstatistik- System*

Um einem erheblich gestiegenen Informationsbedarf einerseits und der Forderung nach möglichst geringer Belastung der Auskunftspflichtigen andererseits nachzukommen, wurde ein in sich geschlossenes System aus sachlich und zeitlich sorgfältig aufeinander abgestimmten Erhebungen entwickelt. Dieses stützt sich im wesentlichen auf zwei Schwerpunktbereiche, nämlich die landwirtschaftlichen Statistiken über Produktionskapazitäten und Produktionsmengen einerseits (z. B. Bodennutzung und Ernte, Viehbestände und Tierische Produktion) und Strukturbeobachtungsstatistiken andererseits (Agrarberichterstattung, EG-Strukturhebung und in größeren Zeitabständen Landwirtschaftszählungen).

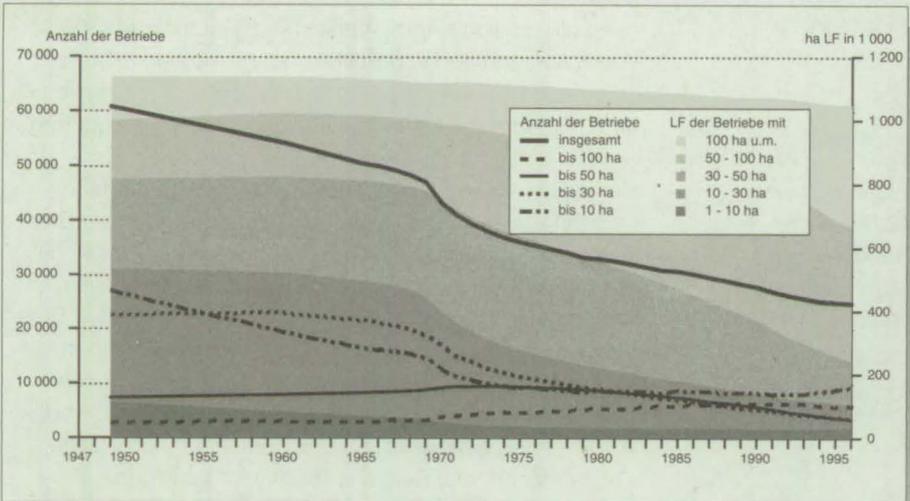
## **Strukturwandel in Schleswig-Holstein**

Während sich die Zahl und die Größe der landwirtschaftlichen Betriebe in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts nicht grundlegend veränderten, zeichnet sich die Nachkriegsentwicklung durch einen stetigen Konzentrationspro-

*Weniger, aber  
größere Betriebe in  
Schleswig-Holstein*

zeß zu weniger, aber größeren Betrieben aus. Die Zahl der Betriebe mit 1 ha und mehr landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) / landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) verringerte sich um etwa drei Fünftel, wobei freigesetzte Flächen durch andere Betriebe – überwiegend durch Verpachtung – übernommen wurden. Die Schwelle, unter der die Zahl der Betriebe per Saldo abnimmt und über der sie ansteigt, erhöhte sich von 30 ha LF bis zum Jahr 1970 stetig auf 100 ha LF bis zum Jahr 1995. Die Zahl der Betriebe mit 100 ha LF und mehr hat sich dadurch in der Nachkriegszeit vervierfacht. Mit knapp 9 % der landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschafteten sie 1995 bereits mehr als ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Land.

**Landwirtschaftliche Betriebe ab 1 ha LF und deren Fläche in Schleswig-Holstein**



*Freisetzung von  
Arbeitskräften und  
Steigerung der  
Arbeitsproduktivität*

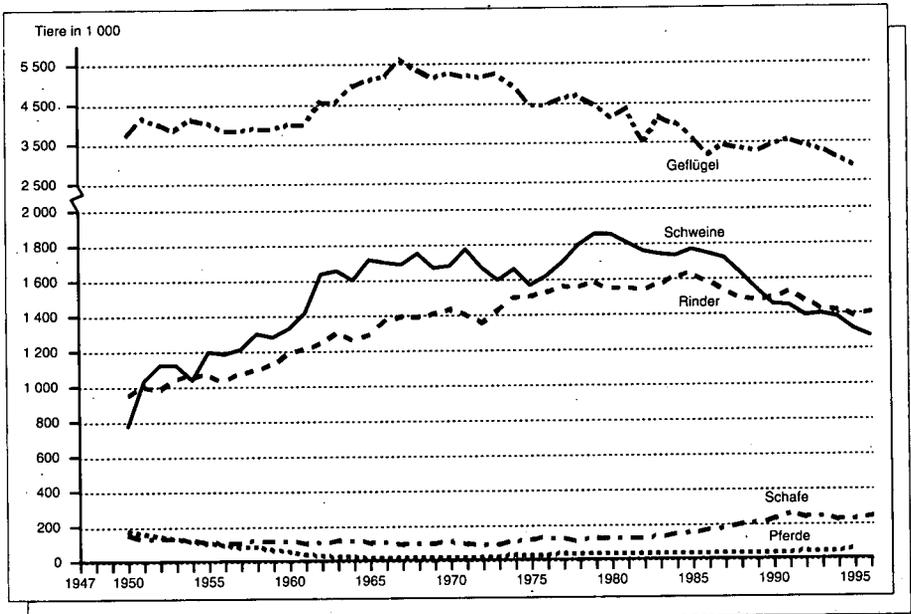
Mit der rückläufigen Zahl der Betriebe hat auch die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft (1995: 58 000) abgenommen, und zwar auf unter ein Siebentel. Nach einem kurzzeitigen Anstieg ständig familienfremder Arbeitskräfte in der Nachkriegszeit (Zuzug von Vertriebenen sowie allgemein hohe Arbeitslosigkeit) führten das steigende Angebot außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze sowie der ständige Zwang zur Rationalisierung zu einer steten Abwande-

rung oder Freisetzung von Fremdarbeitskräften. Gleichzeitig ging der Anteil der vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte von mehr als 90 % im Jahr 1949 auf 75 % im Jahr 1970 und 58 % im Jahr 1995 zurück. 1995 war auch gut jede fünfte Familienarbeitskraft anderweitig erwerbstätig.

Der betriebliche Arbeitsaufwand – gemessen in Arbeitskräfteeinheiten (AKE) – verringerte sich von über 20 AKE je 100 ha LF in den ersten Nachkriegsjahren über gut 6 AKE je 100 ha LF im Jahre 1970 auf knapp 3 AKE je 100 ha LF im Jahre 1995. Angesichts auch größerer Flächen im Marktfruchtbau, größerer Tierbestände in den Viehhaltungen sowie gesteigener tierischer Leistungen und pflanzlicher Erträge dürfte sich die Arbeitsproduktivität um etwa den Faktor 20 erhöht haben.

Aufgefangen wurde die Freisetzung von Arbeitskräften durch eine durchgreifende Mechanisierung in der Feld-, Hof- und Innenwirtschaft, die gleichzeitig zur Bewirtschaftung größerer Flächen sowie Haltung größerer Viehbe-

### Viehbestände in Schleswig-Holstein



### *Mechanisierung und Spezialisierung auf einzelne Betriebszweige*

stände führte, und umgekehrt. Damit setzte in der Nutztierhaltung eine Aufstockung der Bestände an Rindern, Schweinen sowie Hühnern ein. Um bei der Knappheit an verfügbarem Land, Investitionskapital und familieneigener Arbeitskapazität durch Mechanisierung eine nennenswerte Kostendegression zu erzielen, fand eine zunehmende Spezialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe auf einzelne Betriebszweige statt, die in der Nutztierhaltung – vergleichbar der veränderten Betriebsgrößenstruktur – in einen stetigen Konzentrationsprozeß zu weniger, aber größeren Tierbeständen mündete. Wurden unmittelbar nach dem Krieg in der Mehrzahl der Betriebe noch Pferde, Rinder, Schweine und Geflügel gehalten, so hatte 1995 nur noch knapp jeder zweite landwirtschaftliche Betrieb Milchkühe und jeder sechste Schweine. Durch den Verfall der Woll- und Fleischpreise für Alttiere waren die Schafbestände bis 1971 zurückgegangen. Die Umstellung der Produktionsverfahren und Förderung durch Beihilfen für Mutterschafe ließen den Bestand danach wieder auf das Zweieinhalbfache ansteigen.

Entscheidend ließ sich die betriebliche Produktion durch höhere Ertragsleistungen der Nutztiere und Nutzpflanzen-

### *Milchleistungen und Winterweizenerträge in Schleswig-Holstein*



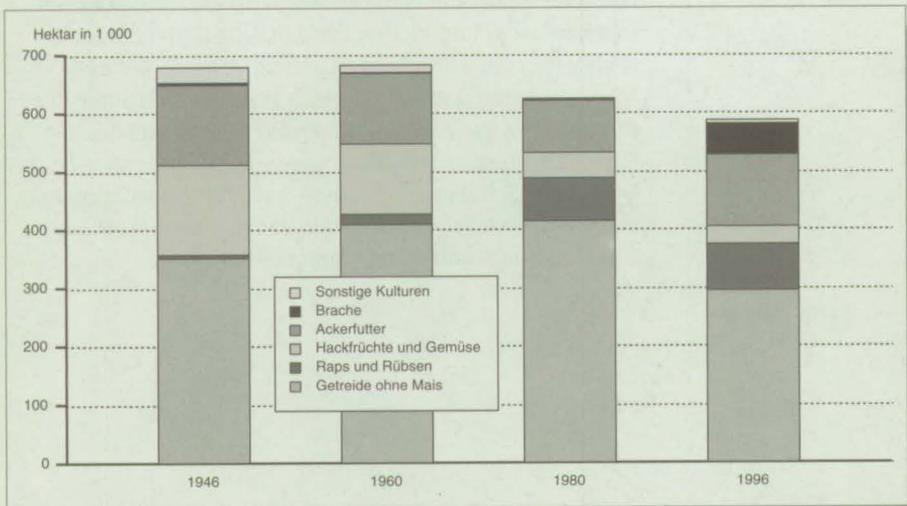
**Leistungssteigerung  
in Viehhaltung  
und Pflanzenbau**

gen steigern. Durch Züchtung sowie optimierte Haltung und Ernährung ließ sich die Milchleistung über den gesamten Nachkriegszeitraum mehr als verdoppeln und die Zahl der gemästeten Tiere pro Stallplatz in der Schweine- und Geflügelmast erhöhen. Im Pflanzenbau verdoppelten bis vervierfachen sich die Naturalerträge.

**Veränderungen in  
der Bodennutzung**

In der Art der Nutzung der Bodenflächen vollzogen sich erhebliche Verschiebungen. Durch die Bereitstellung von Flächen für Siedlungszwecke sowie für die Aufforstung haben die landwirtschaftlich genutzten Flächen – darunter vor allem die Ackerfläche – stetig abgenommen.

**Nutzung der Ackerflächen in Schleswig-Holstein**



Die Anbauentwicklung auf dem Ackerland war zunächst gekennzeichnet durch einen bevorzugten Anbau der arbeitsexensiven und preisgestützten Mähdruschfrüchte Getreide und Raps, während der arbeitsintensive Anbau von Futterhackfrüchten bedeutungslos wurde und die Kartoffelanbaufläche auf weniger als ein Zehntel sank. Zur bedeutendsten Hackfrucht entwickelte sich die Zuckerrübe, deren Anbaufläche in den letzten Jahrzehnten marktordnungsbedingt stagniert. Der hiesige Gemüseanbau war ebenfalls stark rückläufig. Züchterische Maßnahmen

ermöglichten eine Ausweitung des Silomaisanbaus bis hinauf zur dänischen Grenze.

Aufgrund der EU-Flächenstilllegungsregelungen zur Begrenzung des Anbaus von Getreide und Ölfrüchten ging der Anbau dieser Kulturen erheblich zurück, während sich die Grün- und Schwarzbrache auf ein Achtel der Ackerfläche im Jahre 1995 ausweitete. Auf weiteren Stilllegungsflächen wurden Ölfrüchte (Raps, Öllein) als nachwachsende Rohstoffe für industrielle Zwecke angebaut.

*Erhebliche  
regionale  
Produktions-  
verschiebungen*

Neben den allgemeinen Anbauveränderungen vollzogen sich auch erhebliche regionale Veränderungen, die zu deutlichen Produktionsverlagerungen zwischen den Naturräumen des Landes führten. Während sich die größeren Betriebe auf ertragreichen, für den Ackerbau geeigneten Standorten des Hügellandes und der Marsch auf den Marktfruchtbau und die kleineren Betriebe sich zusätzlich auf die Getreideveredlung durch Schweinemast und Geflügelhaltung spezialisierten, wurden auf den leichteren Böden der Geest und Vorgeest – mit einer erheblichen Aufstockung der Rinder-/Milchkuhhaltung – die Ackerfutter- und Dauergrünlandflächen ausgedehnt.

# **Verarbeitendes Gewerbe**

*Verarbeitendes  
Gewerbe: wichtiger  
und konjunktur-  
prägender  
Wirtschaftsbereich*

Das Verarbeitende Gewerbe hat in Schleswig-Holstein nie die Bedeutung gehabt wie im übrigen Bundesgebiet. Im Verlauf der letzten 40 Jahre sank sogar – wie auch bundesweit – sein Beschäftigtenanteil, insbesondere im Vergleich zum Dienstleistungsbereich. Gleichwohl besteht großes Interesse an umfassenden Daten über diesen wichtigen und besonders konjunkturprägenden Wirtschaftsbereich, der 1995 etwa ein Fünftel der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche in Schleswig-Holstein erwirtschaftete. Der Rückgang der Beschäftigtenzahlen ist jedoch zu einem großen Teil auch nur Ausdruck rationalerer Fertigungsverfahren und veränderter Produktstrukturen. Viele der in Schleswig-Holstein hergestellten Erzeugnisse lassen sich heute nur noch in hochtechnisierten Produktionsprozessen herstellen, die mit weit weniger Personal auskommen als die Herstellung der früher dominierenden Produkte.

*Statistiken im  
Produzierenden  
Gewerbe bilden ein  
abgestimmtes  
System*

Zusammen mit den Wirtschaftsbereichen Energiewirtschaft und Baugewerbe bildet das Verarbeitende Gewerbe (zu dem auch der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden gehört) seit 1977 das Produzierende Gewerbe. Die Statistiken des Produzierenden Gewerbes bilden ein aufeinander abgestimmtes System einzelner Konjunktur- und Strukturstatistiken.

Bis zur umfassenden Reform des statistischen Berichtssystems im Produzierenden Gewerbe im Jahre 1976 wurden in den monatlichen Konjunkturerhebungen nur Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten erfaßt. Da ab 1977 auch Handwerksbetriebe meldepflichtig waren, ging die Bezeichnung „Industrie“ im übergeordneten Begriff „Verarbeitendes Gewerbe“ auf. Außerdem wurden von nun an alle Industrie- und Handwerksbetriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten zur Meldung herangezogen sowie der Zuordnung der Einheiten eine neue Wirtschaftszweigsystematik zugrunde gelegt. Dieser methodische Bruch schränkt die Vergleichbarkeit der

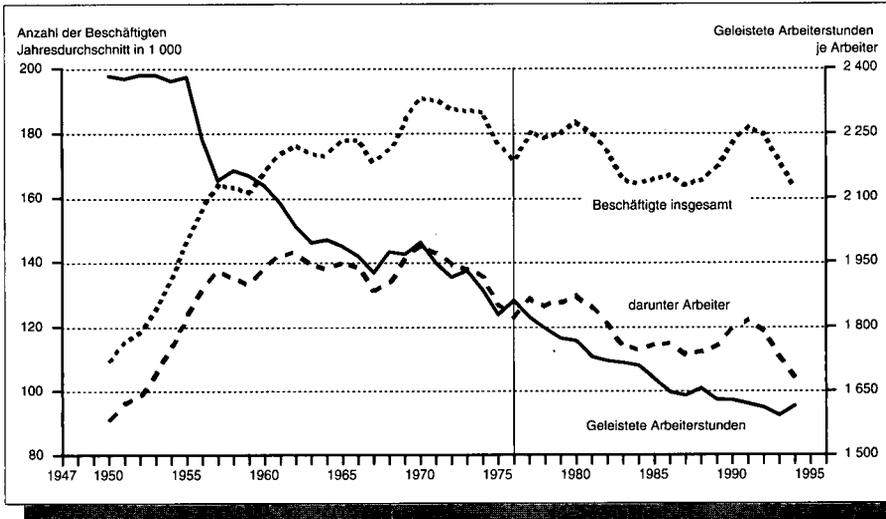
Ergebnisse vor und nach dem Jahr 1977 ein. Mit den Harmonisierungsbestrebungen der EU wurden 1995 erneut gravierende Änderungen in der Abgrenzung des Verarbeitenden Gewerbes und der wirtschaftssystematischen Zuordnung einzelner Branchen vorgenommen, was beim Vergleich der Resultate im Zeitverlauf ebenfalls zu berücksichtigen ist.

Die kurzfristigen Monatershebungen im Verarbeitenden Gewerbe – z. B. über Beschäftigte, Umsatz, Auftragseingang sowie die Produktion ausgewählter Güter – dienen der Darstellung der konjunkturellen Situation, auch in einzelnen Wirtschaftszweigen. Strukturelle Fragestellungen können aus der vierteljährlichen Produktionserhebung und den Jahresherhebungen beantwortet werden. Die vierteljährliche Produktionserhebung liefert tief gegliederte Informationen darüber, welche Produkte nach Menge und Wert in Schleswig-Holstein hergestellt werden. Aus der jährlichen Investitionserhebung können wachstumspolitische Schlußfolgerungen gezogen werden, da ihre Ergebnisse Hinweise darauf geben, in welchem Umfang das Produktionspotential des Verarbeitenden Gewerbes gewachsen ist. Ab 1977 sind im Monatsbericht und in der Jahresinvestitionserhebung sowohl Unternehmen als auch Betriebe mit Sitz in Schleswig-Holstein einbezogen. Da in den Unternehmensergebnissen auch Resultate von Betrieben enthalten sind, die außerhalb Schleswig-Holsteins liegen, andererseits schleswig-holsteinische Betriebe von auswärtigen Unternehmen fehlen, wird für sinnvolle Analysen der Entwicklung in Schleswig-Holstein stets auf die Betriebsergebnisse zurückgegriffen.

### ***Strukturwandel und Konjunkturschwankungen***

Strukturwandel und konjunkturelle Schwankungen im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins lassen sich unter anderem an den Beschäftigtenzahlen ablesen. Seit Anfang der 50er Jahre stieg die Zahl der in der Industrie tätigen Schleswig-Holsteiner mit leichten Schwankungen von zunächst rund 109 000 um über 75 % auf gut 191 000 Beschäftigte im Jahre 1970, dem Jahr mit dem bisherigen historischen Höchststand, an.

## Verarbeitendes Gewerbe in Schleswig-Holstein



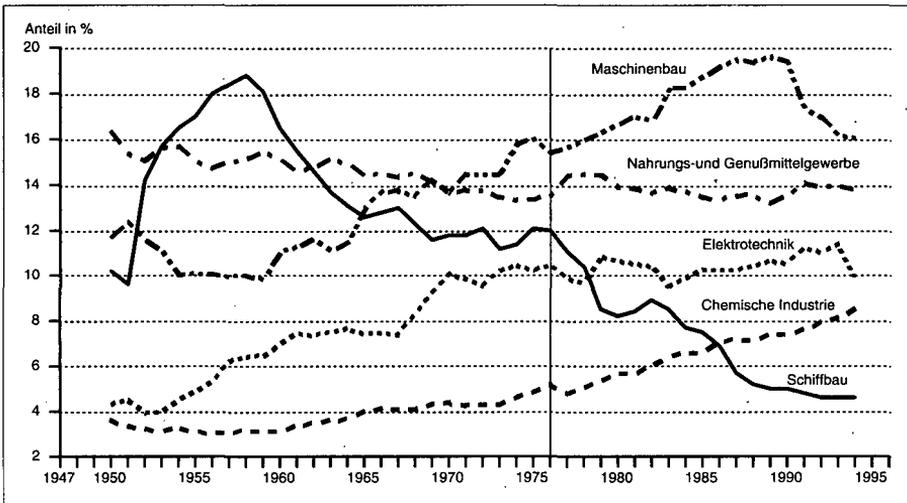
*Konjunkturelle Schwankungen deutlich sichtbar*

Im Zuge der Mitte der 70er Jahre einsetzenden Rezession sank diese Zahl wieder um über 10 % ab. Die periodischen Unterbrechungen in den ersten 25 Jahren des Verlaufs spiegeln deutlich die konjunkturellen Einbrüche im wirtschaftlichen Geschehen der Bundesrepublik wider. So lassen sich unschwer die beiden rezessiven Perioden 1958/59 und 1967/68 ablesen. Die bisher schwerste Krise für die deutsche Wirtschaft, die Anfang der 80er Jahre begann und fast bis zum Ende des Jahrzehnts anhielt, brachte auch Schleswig-Holstein einen erneuten, gravierenden Beschäftigungseinbruch im Verarbeitenden Gewerbe. Von dem 1990 einsetzenden vereinigungsbedingten Nachfrageschub profitierte das schleswig-holsteinische Verarbeitende Gewerbe aufgrund seiner Produktstruktur in hohem Maße, so daß es innerhalb von zwei Jahren zu einem Zuwachs von fast 13 000 Arbeitsplätzen kam, der aber ab 1992 bereits wieder kontinuierlich abgebaut wurde und Ende 1993 kompensiert war.

Der Anteil der Arbeiter an den Beschäftigten sank von 83 % im Jahre 1950 auf 63 % in 1994, bei gleichzeitigem Absinken der Jahresarbeitszeit je Arbeiter um ein Drittel. Dies ist sicher auch ein Beleg dafür, daß „Handarbeit“ zu-

nehmend von Maschinen übernommen wurde und industrielle Fertigungsprozesse heutzutage wegen der teilweise hoch automatisierten und komplexeren Abläufe eine andere Beschäftigtenstruktur verlangen und rationellere Abläufe ermöglichen, die überwiegend auf Kosten von Arbeitsplätzen für Arbeiter gehen.

### Beschäftigungsanteile ausgewählter Branchen in Schleswig-Holstein



Hinter der Gesamtentwicklung stehen deutliche Strukturverschiebungen zwischen Schleswig-Holsteins besonders bedeutungsvollen Branchen. Zwar repräsentieren auch heute noch die oben dargestellten Wirtschaftszweige mehr als die Hälfte der industriellen Arbeitsplätze, doch hat sich z. B. der Anteil des Schiffbaus, der Mitte der 50er Jahre größter industrieller Arbeitgeber Schleswig-Holsteins war, von fast einem Fünftel auf nunmehr knapp 5 % aller Industrie-Beschäftigten verringert, während die Elektrotechnik relativ kontinuierlich expandierte und heute jeder 10. Arbeitsplatz in der Industrie auf sie entfällt. Trotz erheblicher Arbeitsplatzreduzierungen seit 1990 blieb der Maschinenbau, der seine Position seit Ende der 50er Jahre permanent ausbauen konnte und seit 1971 größte Branche in Schleswig-Holstein ist, immer noch der bedeutendste Industriearbeitgeber in unserem Lande.

# Handwerk

*Handwerk prägend  
für die mittelstän-  
dische Wirtschaft*

Für die mittelständische Wirtschaft ist das Handwerk ein wichtiger Bereich. Inzwischen arbeiten in Schleswig-Holstein sogar mehr Menschen in diesem Bereich als in Industriebetrieben.

Das statistische Berichtssystem über das Handwerk soll zum einen in mehrjährigen Abständen einen Eindruck über strukturelle Veränderungen in diesem Wirtschaftsbereich vermitteln, zum anderen Daten über die kurzfristige, konjunkturelle Entwicklung der Handwerksunternehmen liefern. Im Gegensatz zu den meisten Wirtschaftsstatistiken, die jeweils für spezielle Wirtschaftsbereiche der geltenden Wirtschaftszweigsystematik vorgesehen sind, wird in den Handwerkserhebungen der Eintrag in die Handwerksrolle zugrunde gelegt, unabhängig davon, zu welchem Wirtschaftsbereich das Unternehmen gehört.

*Mehrjährige Hand-  
werkszählungen als  
Inventur*

Um jeweils einen vollständigen Überblick über die Situation im gesamten Handwerk zu erhalten, wurden seit 1949 bundesweit sechs Handwerkszählungen durchgeführt. Diese auf Stichtage bezogenen Erhebungen waren Totalerhebungen bei allen in die Handwerksrolle eingetragenen und zum Zählungstichtag wirtschaftlich aktiven Einheiten.

Erfaßt wurden alle selbständigen Handwerksunternehmen und alle Nebenbetriebe von Nichthandwerksunternehmen, die ein Gewerbe lt. Handwerksordnung ausübten. Beim Vergleich der Ergebnisse dieser Totalzählungen ist zu beachten, daß die zugrunde liegenden Firmenkreise sich in den Abgrenzungen der einzelnen Zählungen z. T. unterscheiden. So wurden bis 1956 alle Unternehmen und Nebenbetriebe dargestellt, während sich die Ergebnisse für die drei folgenden Handwerkszählungen nur auf Einheiten beziehen, die während des gesamten jeweiligen Vorjahres wirtschaftlich tätig waren. Bei der derzeit letzten Erhebung von 1995 umfassen die Ergebnisse nur solche Unternehmen, die zu einem Vorjahrestichtag überhaupt Beschäftigte aufwiesen.

Erhebungseinheit für die selbständigen Handwerker war das Unternehmen, in den Resultaten sind also Angaben für alle Zweigstellen und Filialen enthalten, können aber nicht gesondert ausgewiesen werden. Die Regionaldarstellung der Ergebnisse für Schleswig-Holstein ist dadurch eingeschränkt, da auch Umsätze und Beschäftigte von Niederlassungen und Arbeitsstätten außerhalb des Landes in die Ergebnisse einfließen.

*Vierteljährliche  
Handwerksberichterstattung als  
Konjunkturstatistik*

Seit 1961 gibt es neben den Handwerkszählungen auch eine vierteljährliche Handwerksberichterstattung für konjunkturstatistische Zwecke, die auf einer Stichprobe basiert. Die hier einbezogenen Unternehmen, die jeweils den Umsatz und die Beschäftigtenzahl melden, werden mit einem mathematischen Verfahren aus der Grundgesamtheit der vorhergehenden Handwerkszählung ausgewählt. Da nicht alle Gewerbe- bzw. Wirtschaftszweige repräsentativ besetzt werden können, werden im Rahmen dieser Statistik nur Meßzahlenreihen veröffentlicht, die die Veränderungsraten der Merkmale, nicht aber ihre absoluten Werte ausweisen.

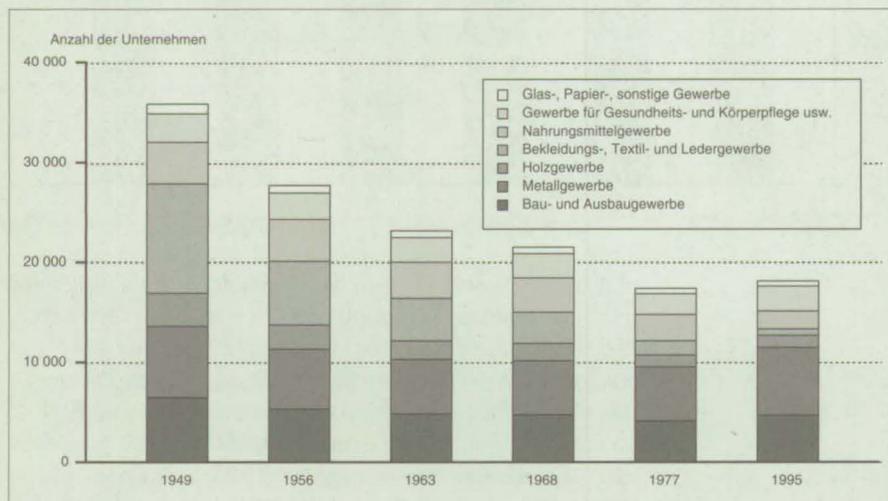
**Strukturwandel im Handwerk Schleswig-Holsteins**

Der im Handwerk festzustellende Strukturwandel ist durch zwei Trends geprägt. Zum einen entwickelten sich – gemessen an den Beschäftigtenzahlen der Unternehmen – größere wirtschaftliche Einheiten, zum anderen gab es starke Verschiebungen zwischen den einzelnen Gewerbegruppen.

So zeigen die Ergebnisse der sechs Handwerkszählungen, daß sich zwischen 1949 und 1977 die Zahl der Unternehmen und Nebenbetriebe mehr als halbierte. Bis 1995 stieg diese Zahl wieder leicht an, dennoch entsprach sie gerade einmal der Hälfte aller Einheiten wie vor 46 Jahren. Betrug der Anteil der Unternehmen im Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe in der ersten Zählung nach dem Kriege knapp ein Drittel, so spielte diese Gewerbegruppe mit 3,6 % im schleswig-holsteinischen Handwerk 1995 nur noch eine äußerst geringe Rolle. Dagegen konnte das Metallgewerbe, wenn auch die Zahl der Einheiten 1995 unter

der von 1949 lag, seinen Anteil im Berichtszeitraum von rund 20 % auf gut 37 % ausweiten. Es ist seit 1963 größte Gewerbegruppe im Handwerk. Ebenfalls eine stärkere Bedeutung erlangten das Baugewerbe und die Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege. Die Zahl der Unternehmen im Holzgewerbe dagegen ging in den 46 Jahren um fast zwei Drittel und im Nahrungsmittelgewerbe um 57 % zurück.

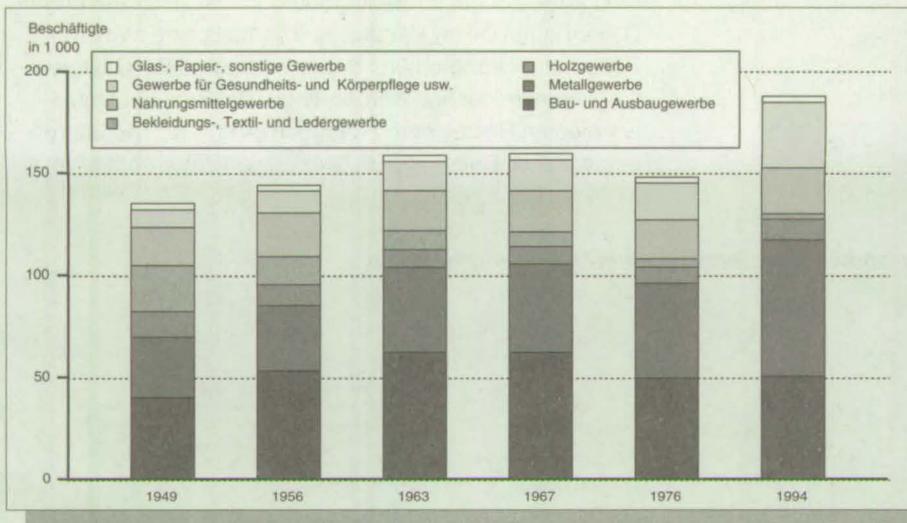
### Handwerksunternehmen in Schleswig-Holstein



Im Gegensatz zur Zahl der Unternehmen stieg die Beschäftigtenzahl bis auf das rezessionsbedingte Tief im Jahre 1976 von Zählung zu Zählung. Innerhalb von 45 Jahren nahm sie um fast vier Zehntel zu und unterstreicht damit die große Bedeutung des Handwerks als Wirtschaftsfaktor für Schleswig-Holstein. Mit der geschilderten Entwicklung der Unternehmenszahlen erhöhte sich auch die Zahl der tätigen Personen je Unternehmen oder Nebenbetrieb von durchschnittlich vier auf zuletzt über 10 Beschäftigte.

Beschäftigungsstärkste Gewerbegruppe bei der letzten Zählung war das Metallgewerbe, das mehr als jeden dritten Arbeitsplatz im Handwerk stellte. Gegenüber 1949

## Beschäftigte in Handwerksunternehmen Schleswig-Holsteins



hat sich in diesem Bereich die Beschäftigtenzahl weit mehr als verdoppelt. Eine große Rolle spielt in diesem Bereich die kräftige Ausweitung der Kraftfahrzeugmechaniker infolge der zunehmenden Motorisierung der Bevölkerung. Mit einer Vermehrung der Arbeitsplätze gegenüber 1977 um fast vier Fünftel und gegenüber 1949 um 277 % wiesen die Gewerbe der Gesundheits- und Körperpflege die auffälligste Entwicklung aller Handwerksgruppen auf, wobei vor allem die Gebäudereiniger stark expandierten. Ein Großteil des Zuwachses dürfte hier auf eine überproportionale Ausweitung von Teilzeitarbeitsplätzen zurückzuführen sein. Ähnliche Phänomene werden auch die Entwicklung im Nahrungsmittelgewerbe beeinflusst haben. Hier pendelte die Beschäftigtenzahl in den 45 Jahren um die 20 000er-Marke, bei allerdings rückläufiger Unternehmenszahl, so daß sich auch hier – ähnlich wie bei der zuvor geschilderten Gruppe – die durchschnittliche Beschäftigtenzahl pro Unternehmen kräftig von gut vier auf 12 Personen erhöht hat. Dramatische Verluste von Arbeitsplätzen verzeichnete das Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe. 1994 arbeiteten in diesen Unternehmen gerade noch 1,4 % der Handwerksbeschäftigten, das ist nur etwas mehr als ein Zehntel der Zahl von 1949.

# Bauwirtschaft

*Bauwirtschaft  
als „Konjunktur-  
lokomotive“*

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird stark durch die Baukonjunktur beeinflusst, deren Rolle häufig sogar als „Konjunkturlokomotive“ bezeichnet wird. Die Nachfrage nach Bauleistungen ist dabei abhängig von der gesamtwirtschaftlichen Lage: Private Haushalte oder Unternehmen der freien Wirtschaft treten in der Regel nur als Bauherren auf, wenn es die eigene wirtschaftliche Lage oder die Aussicht auf günstige Entwicklungen zulassen. Den Staat als Investor fordert die Bauwirtschaft vor allem dann, wenn diese Nachfrage zurückgeht. Der Staat soll durch antizyklisches Verhalten Nachfragerücken schließen; gleichzeitig kann der Staat als Nachfrager nach Bauleistungen die Konjunktur der übrigen Wirtschaft beeinflussen und somit auch außerhalb des Arbeitsmarktes der Bauwirtschaft gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsimpulse auslösen. Probleme für die Baukonjunktur entstehen dann, wenn die Kassen des Bundes, der Länder und Gemeinden öffentliche Bauinvestitionen nur noch begrenzt ermöglichen und eine allgemein rückläufige Nachfrage nach Bauleistungen nicht mehr durch Investitionen des Staates kompensiert werden kann.

*Wirtschafts-  
systematische  
Gliederung der  
Bauwirtschaft*

Die Bedeutung der Bauwirtschaft für die Konjunktur einer Volkswirtschaft findet ihren Niederschlag in einem eigenständigen Berichtssystem im Rahmen der Wirtschaftsstatistiken. Die Systematik der Wirtschaftszweige definiert die Bauwirtschaft durch den Begriff Baugewerbe, der in die Bereiche Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe gegliedert ist. Zum Bauhauptgewerbe gehören neben der Errichtung von Hochbauten im Rohbau und der Ausführung von Tiefbau- und Spezialbauwerken u. a. die Gipserei, die Verputzerei, das Stukkateurgewerbe sowie die Zimmerei und die Dachdeckerei. Seit 1976 wird auch der Fertigteilbau im Bauhauptgewerbe mitgezählt.

Das Ausbaugewerbe umfaßt u. a. die Gewerbe der Klempner, Elektroinstallateure, Maler, Glaser und Fliesenleger. Mit Einführung der neuen EU-weiten Wirtschaftssystematik

sind für Ergebnisse ab 1996 Änderungen in der Abgrenzung der Berichtskreise zu berücksichtigen.

*Abgestimmtes  
Statistisches  
System von Total-  
zählungen und  
Teilerhebungen*

Wie in anderen Bereichen der amtlichen Statistik auch, bilden die einzelnen Erhebungen zum Baugewerbe ein aufeinander abgestimmtes System, einerseits von Totalzählungen, die zum Nachweis struktureller Veränderungen dienen, andererseits von Teilerhebungen, die in kurzen zeitlichen Abständen besonders konjunkturreaktive Ergebnisse bieten. So melden die Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten monatlich ihren Personalbestand, Umsatz, Löhne und Gehälter sowie, nach Auftraggebern und -arten gegliedert, die geleisteten Arbeitsstunden. Einmal jährlich werden im Rahmen der Totalerhebung alle, also auch die „Ein-Mann-Betriebe“ nach diesen und anderen Merkmalen befragt.

**Strukturwandel im Baugewerbe Schleswig-Holsteins**

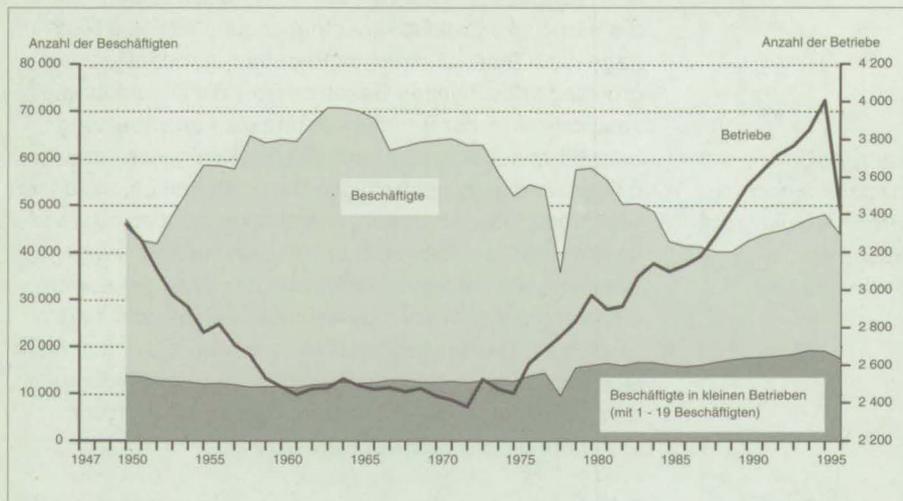
Die Ergebnisse der Totalerhebungen zeigen deutlich, wie sich seit 1950 in Schleswig-Holstein die Strukturen im Bauhauptgewerbe verändert haben. Von 1950 bis Anfang der 60er Jahre sank die Zahl der erfaßten Betriebe von anfangs gut 3 300 um nahezu 30 %, um bis Mitte der 70er Jahre annähernd konstant zu bleiben. Ab 1976 – hier wurden erstmalig der Fertigteilbau und das Bauhilfsgewerbe miteinbezogen – stieg die Zahl der Betriebe wieder deutlich an, um 1995 mit über 4 000 Betrieben den bisherigen Höchststand zu erreichen.

*Seit den 60er  
Jahren langfristiger  
Trend zum  
Personalabbau*

Anders verlief die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen. Ausgehend von fast 47 000 Personen, die 1950 im Bauhauptgewerbe beschäftigt waren, stieg – von wenigen Unterbrechungen abgesehen – die Beschäftigtenzahl auf die historische Höchstmarke von fast 71 000 Personen im Jahr 1963. Offensichtlich konnten sich damals überwiegend größere Betriebe mit einem aufgestockten Personalbestand am Markt behaupten. Mit dem Rezessionsjahr 1967 erlebte die Bauwirtschaft einen gravierenden Personalabbau, der sich im langfristigen Trend – von einigen Jahren der Erholung abgesehen – fortsetzte. 1995 beschäftigte das Bauhauptgewerbe etwa 30 % weniger Per-

sonen als noch 1966, dem Jahr vor der Rezession. In dieser Zeit hat sich allerdings der vorhergehende Trend zu größeren Betrieben wieder umgekehrt: Lag der Anteil der

### Betriebe und Beschäftigte im Bauhauptgewerbe Schleswig-Holsteins



#### *Kleinere Betriebe gewinnen an Bedeutung*

kleineren Betriebe (unter 20 Beschäftigte) 1965 bei 65 %, so stieg er relativ stetig auf 86 % im Jahre 1995. Entsprechend haben diese kleineren Betriebe im Bauhauptgewerbe Schleswig-Holsteins auch als Arbeitgeber wieder deutlich an Bedeutung gewonnen. 1995 hatten über 40 % der im Bauhauptgewerbe Beschäftigten ihren Arbeitsplatz in einem dieser kleineren Betriebe, während 1965 – das Jahr mit dem höchsten Beschäftigungsstand – dieser Anteil lediglich 17 % betrug.

# Bautätigkeit

*Bautätigkeitsstatistik liefert Informationen zur Nachfrage nach Bauleistungen*

*Einzelstatistiken orientieren sich an den einzelnen Phasen eines Bauvorhabens*

Während die Statistiken zum Baugewerbe die Angebotsseite der bauausführenden Wirtschaft beschreiben, liefern die Bautätigkeitsstatistiken Informationen über die Nachfrage nach Bauleistungen im Hochbau. Auf der Rechtsgrundlage des Zweiten Gesetzes über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Gebäudebestandes sind alle genehmigungs-, zustimmungs- und anzeigepflichtigen Baumaßnahmen, bei denen Wohnraum oder sonstiger Nutzraum geschaffen oder verändert wird, zu erfassen. Seit 1994 sind in Schleswig-Holstein auch die Baumaßnahmen zu melden, die einem Genehmigungsfreistellungsverfahren unterliegen. 1979 wurden die Bautätigkeitsstatistiken so reformiert, daß auch städteplanerische Ansprüche nach dem Bundesbaugesetz, dem Städtebauförderungsgesetz und der Baunutzungsverordnung berücksichtigt werden.

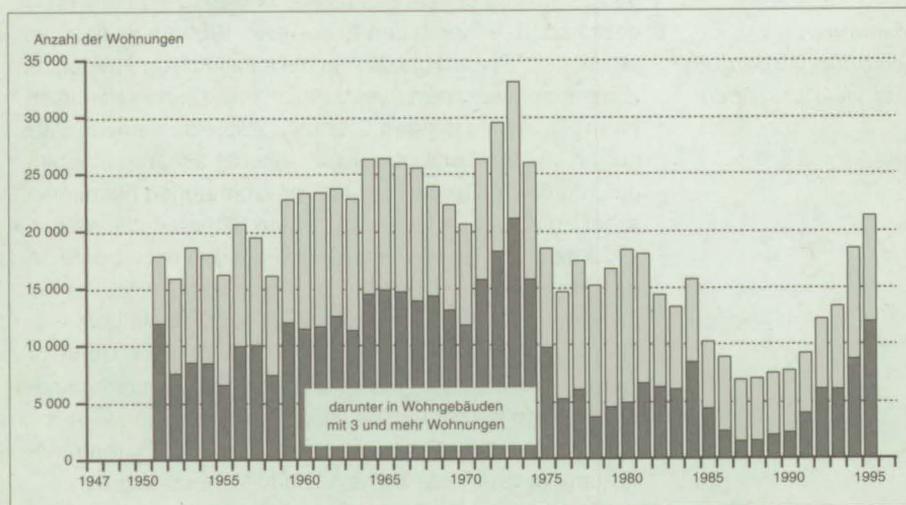
Entsprechend der zeitlichen und administrativen Abwicklung eines Bauvorhabens führt der Gesetzesauftrag zu mehreren Einzelstatistiken: die Statistik über die Baugenehmigungen, über die Baufertigstellungen, über den Bauüberhang und die Abgangserhebung. Bei der Erfassung sind öffentliche Dienststellen in den Erhebungsweg eingeschaltet. So setzen zwar die Statistiken bei den Bauherren an, beziehen aber auch die Bauaufsichtsbehörden und für einige Fragen die Gemeinden in die Auskunftspflicht mit ein.

Die Erhebung von Baugenehmigungen durch die untere Bauaufsichtsbehörde – in Schleswig-Holstein sind das die Landräte und Bürgermeister der kreisfreien Städte – ist für die Abschätzung des Nachfrageverhaltens nach Bauleistungen und damit auch für die Stimmungslage in der Bauwirtschaft ein unverzichtbarer Frühindikator. Die Statistik über den Bauüberhang zeigt den Baufortschritt nach Baubeginn und auch Bauten, die noch nicht begonnen wurden. Die statistische Beobachtung über ein Bauvorhaben wird dann abgeschlossen, wenn der Bau bezugsfertig

*Totalerhebungen  
des Gebäude-  
und Wohnungs-  
bestandes werden  
fortgeschrieben*

ist und dieses Ereignis in die Erhebung der Baufertigstellungen eingeht. Die Ergebnisse dieser Statistik zeigen nicht nur den jährlichen Zuwachs an Wohnungen und damit die Entwicklung der Wohnungsversorgung, sondern geben auch Auskunft über strukturelle und qualitative Veränderungen, wie z. B. hinsichtlich Größe und Ausstattung der neu erstellten Wohnungen und auch zum Verhältnis von Eigenheimen zu Mehrfamilienhäusern. Zusammen mit der Abgangserhebung, die alle Gebäude und Gebäudeteile erfaßt, deren Nutzung geändert oder die durch bauaufsichtsrechtliche Maßnahmen, Schadensfälle oder Abbruch der Nutzung entzogen werden, sind die Daten über die Baufertigstellungen Voraussetzung für die Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes. Der Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen wird in mehrjährigen Abständen durch Totalzählungen ermittelt und dazwischen zum Ende eines jeden Jahres mit den Ergebnissen der Baufertigstellungen und denen der Abgangserhebung fortgeschrieben.

### **Baufertigstellungen in Schleswig-Holstein**



1950 wurde in Schleswig-Holstein bei 454 000 Wohnungen eine Belegungsdichte von 5,7 Personen je Wohnung registriert. Diese hohe Quote ergab sich aus dem starken Zu-

*Steigende Zahl  
der Wohnungen  
führt zu sinkender  
Belegungsdichte*

strom von Flüchtlingen und Vertriebenen und hatte intensive Anstrengungen auf dem Wohnungssektor zur Folge. 1950 wurden in Schleswig-Holstein 17 300 Wohnungen gebaut, Mitte der fünfziger Jahre meldeten die Bauaufsichtsbehörden über 23 000 Fertigstellungen. Von 1950 bis 1959 lag der Jahresdurchschnitt bei 20 300 fertiggestellten Wohnungen, wodurch sich der Bestand bis Ende 1959 auf 647 000 Einheiten erhöhte und die Belegungsdichte auf 3,5 Personen je Wohnung zurückging. In den folgenden zehn Jahren ergab sich mit 27 000 Wohnungen pro Jahr ein noch deutlich höheres Fertigstellungsvolumen, mit dem Ergebnis, daß die Belegungsdichte unter 3 Personen je Wohnung fiel.

*Bildung von  
Wohnungseigentum  
hat viele Ursachen*

Zu Beginn der siebziger Jahre setzte sich die rege Nachfrage nach Wohnungen weiterhin fort, nicht zuletzt verstärkt durch die Einkommensteigerungen der vorangegangenen Jahre. Hinzu kam, daß die einsetzenden Mietpreis-erhöhungen die Investitionsbereitschaft der Unternehmen im Mietwohnbau anregte. Die zu Beginn der siebziger Jahre zunehmende Inflationsrate veranlaßte darüberhin-aus zahlreiche private Haushalte, ihre Ersparnisse wert-gesichert, u. a. durch den Erwerb von Wohnungseigentum, anzulegen. Steuervorteile, die bei inflationären Tendenzen zunehmen, waren ein zusätzlicher Anreiz, und schließlich zwangen die steigenden Grundstückspreise manche Bauherren im Mehrfamilienhausbau, die bebaubaren Flächen durch größere Gebäude mit mehr Wohnungen ökonomi-scher zu nutzen. All diese Ursachen führten dazu, daß 1973 die Zahl der Fertigstellungen auf den noch heute gültigen Höchststand von 35 200 Wohnungen stieg. Als im Frühjahr 1973 die Bundesregierung ein Stabilitätspro-gramm auflegte, mit dem sie der konjunkturellen Überhit-zung entgegenwirken wollte, ging auch die Nachfrage nach Wohnungen wieder zurück. Durch Maßnahmen wie Aus-setzung der steuerlichen Vorschrift des § 7b Einkommen-steuergesetz und der beträchtlichen Verteuerung der Kreditaufnahme für Bauprojekte ergab sich trotz des ge-nannten Baubooms zu Beginn der siebziger Jahre für das Jahrzehnt insgesamt nur ein jährliches Fertigstellungsvolumen von durchschnittlich 23 200 Wohnungen, also deut-lich weniger als für die 60er Jahre. Diese Entwicklung führ-

te Ende 1979 zu einem Wohnungsbestand von 1,09 Mill. Wohnungen und einer Belegungsdichte von 2,4 Einwohnern je Wohnung. Nach einem kräftigen Aufschwung im Jahre 1980 ging die Nachfrage nach Wohnungen in einem noch nie erreichten Maße zurück, mit dem Ergebnis, daß 1987 mit 7 600 fertiggestellten Wohnungen ein Minusrekord registriert werden konnte. Danach erholte sich die Bauwirtschaft wieder und konnte 1995 immerhin ein Fertigstellungsvolumen erreichen, das an die „boomende“ Aufbauphase Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre heranreichte. Ende 1995 zählte man in Schleswig-Holstein 1,23 Mill. Wohnungen, die eine Belegungsdichte von 2,2 Personen je Wohnung ermöglichten.

Abhängig von den wechselnden Einkommensverhältnissen der privaten Haushalte, den Renditeerwartungen der Unternehmen, der Entwicklung und Erwartungen der Mieten und der Kreditkosten sowie von den steuerlichen und anderen rechtlichen Vorschriften änderte sich im Zeitablauf auch das Verhältnis von Eigenheimen zu Mehrfamilienhäusern. Von etwa Mitte der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre an wurde der Bauboom vor allem durch den Bau von Mehrfamilienhäusern getragen, danach setzte eine – zeitweise deutliche – Bevorzugung und Unterstützung des Baus von Ein- und Zweifamilienhäusern ein.

# Handel

## *Konjunkturelle Entwicklungen an den Umsätzen des Handels ablesbar*

Die laufende Beobachtung des Geschehens im Handel, sei es Einzel-, Großhandel oder Handelsvermittlung, ist für wirtschaftspolitische Entscheidungen von hoher Bedeutung. Etwa ein Sechstel aller Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein arbeiten in diesem Bereich und ein Zehntel der gesamten Bruttowertschöpfung wird hier erwirtschaftet. An den Umsätzen des Handels sind konjunkturelle Entwicklungen deutlich ablesbar. Je nach wirtschaftlicher Situation schlagen Zu- oder Abnahmen des privaten Verbrauchs, der gesamtwirtschaftlich wichtigsten Komponente bei der Verwendung des Sozialprodukts, sofort auf den Handelsbereich durch.

Die amtliche Statistik sieht auch hier ein System sich ergänzender Erhebungen vor, die den Informationsbedarf von Wirtschaft, Forschung und öffentlicher Verwaltung decken sollen, aber auch zur Vorbereitung unternehmerischer Entscheidungen herangezogen werden können.

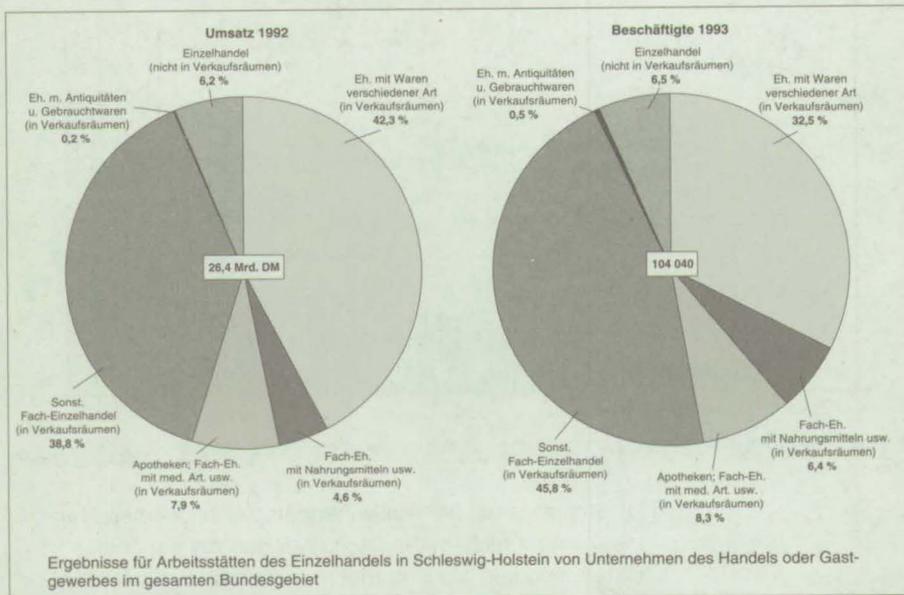
## *Strukturdaten durch Totalerhebungen gewonnen*

Um die Strukturen im Handelsbereich im Sinne einer vollständigen Bestandsaufnahme zu erfassen, werden in größeren zeitlichen Abständen Totalerhebungen durchgeführt. Zuletzt war dies 1993 die Handels- und Gaststättenzählung, die erstmalig die neuen Bundesländer einbezog und deren Ergebnisse eine Gesamtschau aller Unternehmen und Arbeitsstätten zum Start des EU-Binnenmarktes bieten. Erstmals wurde dabei, wie seit kurzem für alle Wirtschaftsstatistiken, eine neue, EU-weit einheitliche wirtschaftliche Systematik in der Erfassung der Unternehmen und Darstellung der Ergebnisse zugrundegelegt. Wegen einer Vielzahl von Änderungen gegenüber der bisher verwendeten Systematik sind die Ergebnisse mit denen früherer Erhebungen jedoch nur eingeschränkt möglich.

Das Gastgewerbe (Beherbergungs- und Gaststättengewerbe) ist – wie bereits der Name der Erhebung deutlich macht – regelmäßig in diese Totalzählung eingebunden.

Die Totalzählungen dienen auch als Stichprobengrundlage für monatliche Erhebungen in einem repräsentativ ausgewählten Kreis von Unternehmen. Diese auf Stichprobenbasis ermittelten Ergebnisse liefern in erster Linie zeitnahe Hinweise auf saisonal oder konjunkturell bedingte Verän-

### Einzelhandel in Schleswig-Holstein



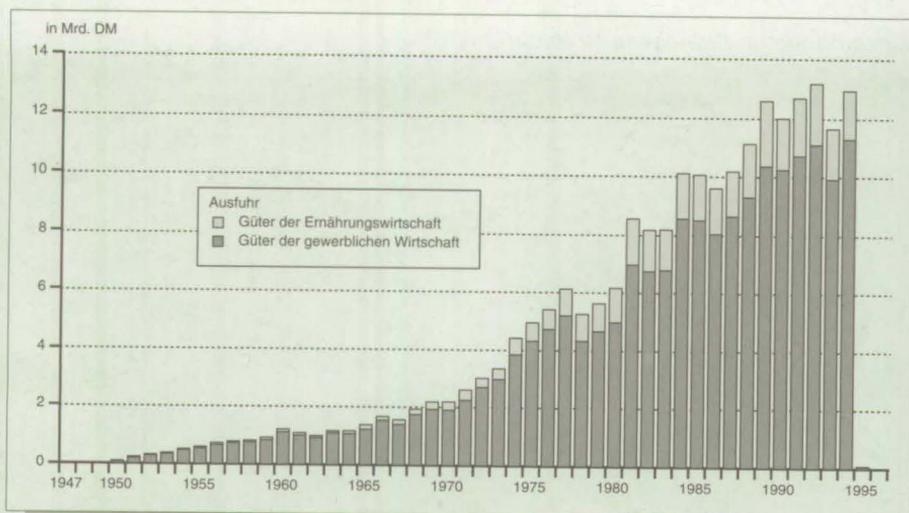
derungen bei Umsatz und Beschäftigung, in Jahresabstand auch Informationen zu Warenbewegungen, Investitionen und etwa Sortimentsänderungen.

*Außenhandelsstatistik wird vom Statistischen Bundesamt erhoben*

In diesen Bereich gehört ferner die Außenhandelsstatistik, die vom Statistischen Bundesamt zentral erhoben und aufbereitet wird. Ergebnisse für die Bereiche Einfuhr und Ausfuhr jeweils auf Landesebene veröffentlicht das Statistische Landesamt. Die Warenströme, die sowohl mengen- als auch wertmäßig und nach einem detaillierten Warenverzeichnis spezifiziert sind, lassen die wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Nationen erkennen – eine Information, auf die weder Regierung noch Wirtschaft verzichten können.

Mit Einführung des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes unter Abschaffung der Warenkontrollen an den Binnengrenzen der EU gingen gravierende methodische

### Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins



Umstellungen in der Außenhandelsstatistik einher: Nunmehr liefern nicht mehr die Zöllner dort die benötigten Daten, sondern die Unternehmen werden direkt befragt.

# **Fremdenverkehr**

Reise- und Freizeitaktivitäten sind in unserer Gesellschaft von zunehmender gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Die Reisenden – darunter auch Gäste aus dem Ausland – die dabei Ziele innerhalb Deutschlands ansteuern, sind – von Tagesreisenden, Verwandten- und Bekanntenbesuchen abgesehen – darauf angewiesen, Unterkunft in hiesigen Beherbergungsstätten zu finden. Informationen über Ausmaß und strukturelle Eigenschaften dieser reiseverkehrsbedingten Nachfrage und des daran orientierten Angebots stellen wichtige Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für Wirtschafts- und Strukturpolitik, aber auch für unternehmerische umweltverträgliche Aktivitäten bereit.

## ***Fremdenverkehrs- statistik als System aufeinander abgestimmter Erhebungen***

Die amtliche Statistik hat dabei ein System konzeptionell, inhaltlich und zeitlich aufeinander abgestimmter Erhebungen entwickelt, das die unterschiedlichen Informationsbedürfnisse befriedigen soll. Zum einen stellen Kapazitätserhebungen in 6-jährigem Abstand Ergebnisse zur Größe und Zusammensetzung des Beherbergungsangebots bereit, zum anderen dienen monatliche Statistiken dem kurzfristigen und aktuellen Nachweis der regionalen und saisonalen Nachfrage nach Beherbergungsmöglichkeiten.

## ***Bedeutung des Fremdenverkehrs in Schleswig-Holstein***

Im Chor der alten Bundesländer ist Schleswig-Holstein das Land mit der höchsten Fremdenverkehrsintensität. Mit 8 189 Übernachtungen je 1 000 Einwohner im Jahre 1993 ist sie noch höher als im anderen wichtigen Haupturlaubsreiseland Bayern. Dabei schließt die so gemessene Intensität noch nicht einmal jene vielen Gäste ein, die in kleineren Beherbergungsstätten und auf Campingplätzen Quartier nehmen oder als Tagesgäste in Sonne, Wind und Wasser Erholung oder bei landestypischer Kultur Entspannung finden. Diese Spitzenstellung unter deutschen Ländern fußt auf einem dynamischen Wachstumsprozeß der „weißen Industrie“, der bereits in der Nachkriegszeit begann.

*Entwicklung in  
Schleswig-Holstein  
mit großer Dynamik*

Die wirtschaftliche Erholung Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg und die gegenüber heutigen Möglichkeiten vergleichsweise eingeschränkte Verkehrsinfrastruktur konzentrierte den Wunsch nach Entspannung und Erholung auch auf das Land zwischen den Meeren – insbesondere auf seine Küsten und Inseln. Wurden im Fremdenverkehrsjahr 1950/51 erst gut 790 000 Gäste und 5,3 Millionen Übernachtungen gezählt, waren es 10 Jahre später bereits 2,0 Millionen Gäste und 14,0 Millionen Übernachtungen. In dieser dynamischen Entwicklungsphase hatte sich damit die Zahl der Gäste und ihrer Übernachtungen mehr als verdoppelt. Solche Wachstumsdynamik hat sich in den nachfolgenden Dekaden nicht wiederholen können. So nahm zwar zwischen 1960 und 1970 und zwischen 1970 und 1980 die Zahl der angereisten Gäste jeweils noch um gut ein Viertel zu, der Zuwachs der kassenwirksamen Übernachtungen ging allerdings in diesen beiden Dekaden von noch beachtlichen + 52 % auf + 17 % zurück.

Bis Ende der sechziger Jahre war der sich kräftig entfaltende Fremdenverkehr im Lande auch von einer dynamischen Ausweitung der Übernachtungskapazität in Privatquartieren geprägt. Ende der sechziger Jahre stellte die Gruppe der Kleinbeherbergungsbetriebe noch 57 % des Bettenangebots und erwirtschaftete 43 % der Übernachtungen im Lande. In den fünfziger und sechziger Jahren hatte sich die Zahl der dort angebotenen Betten von fast 10 000 auf gut 100 000 mehr als verzehnfacht, die Entwicklung der Übernachtungen war noch dramatischer. In den siebziger Jahren stagnierte in dieser Betriebsart das Übernachtungsaufkommen, als zusätzliche Konkurrenz in Form von neuen Feriencentren an der Ostsee entstand, so in Burg auf Fehmarn, Damp, Heiligenhafen, Schönberg, Sierksdorf, Wangels und Wendtorf mit zusammen 25 000 Betten innerhalb von fünf Jahren. Ende der siebziger Jahre war der Beitrag der Betreiber von Privatquartieren zum Übernachtungsaufkommen im Lande auf 36 % zurückgegangen. Seit 1981 weist die amtliche Statistik die kleineren Beherbergungsstätten nicht mehr nach, obwohl sie nach wie vor – heute etwa in Form einer Ferienwohnung – beachtliche Übernachtungskapazitäten insbesondere in den saisonalen Spitzenmonaten stellen.

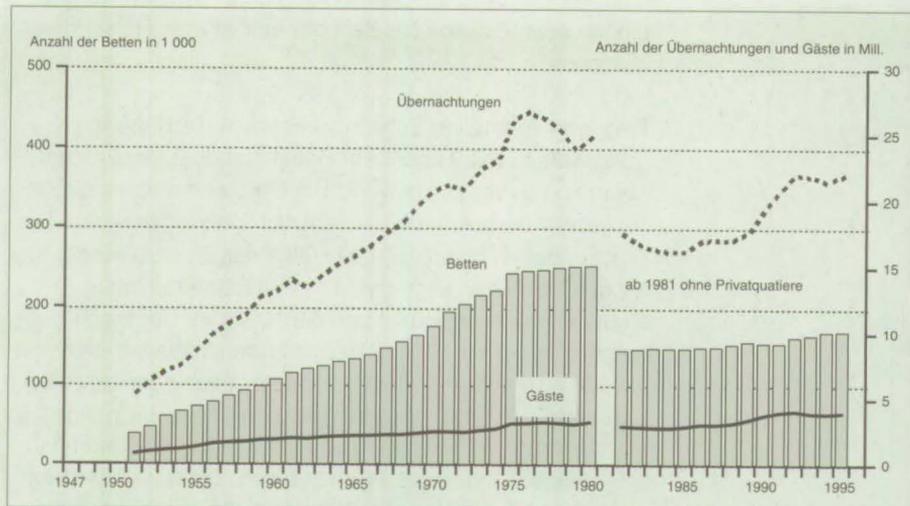
In den achtziger und neunziger Jahren war dem Fremdenverkehr im Lande durch die dynamische Entwicklung des Pauschalismus, der erstmalig auch wechselnde Ziele in beständigeren Schönwettergebieten der Erde – dank der harten D-Mark – auch zu annehmbaren, teils günstigen Preisen erschloß, ein starker Mitbewerber entstanden, der etwa im Pauschalflugreiseverkehr jeweils binnen einer Dekade die Zahl der beförderten Reisenden verdoppelte.

Dagegen konnten in Schleswig-Holstein die Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten ihr Übernachtungsaufkommen nur vergleichsweise unbedeutend aufstocken. So gab es etwa Anfang der achtziger Jahre gar leichte Einbrüche, denen in der zweiten Hälfte der Dekade wieder leichte Zuwächse folgten. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands vergrößert sich bis 1992 das Übernachtungsvolumen wieder spürbar, um danach auf höherem Niveau zu stagnieren. In der Mitte der neunziger Jahre beherbergte das Land in seinen größeren Beherbergungsstätten knapp 4 Millionen Gäste im Jahr, die annähernd 22 Millionen Übernachtungen buchten. Die bedeutendsten Anbieter, sofern man den Markt nach Reisegebieten und Betriebsarten segmentiert, sind jene von Ferienhäusern und Ferienwohnungen, jeweils an Nord- oder Ostsee sowie die Hotels an der Ostsee.

Unter dem Begriff „Fremdenverkehr“ wird hier der vorübergehende Aufenthalt von Reisenden, Urlaubern (einschließlich Kindern) und Geschäftsreisenden in Beherbergungsstätten verstanden. Beherbergungsstätten sind Hotels, Hotels garnis, Gasthäuser, Pensionen, Ferienhäuser, -wohnungen und -zentren, Erholungsheime, Sanatorien und Privatquartiere sowie Jugendherbergen, Kinderheime und Zeltplätze. Privatquartiere sind in Anlehnung an das Gaststättengesetz Beherbergungsstätten mit weniger als 9 Betten. Alle übrigen Beherbergungsstätten gelten als Beherbergungsbetriebe. Fremdenverkehrsdaten wurden bis 1980 nicht in ganz Schleswig-Holstein, sondern nur in ausgewählten Gemeinden erhoben. Bundeseinheitliches Kriterium für die Auswahl bildete die Zahl der Übernachtungen pro Gemeinde. Bis 1970 lag die Erfassungsgrenze

bei 3 000 Übernachtungen im Jahr (ohne Jugendherbergen, Kinderheime und Zeltplätze). 1971 wurde der Schwellenwert an die allgemeine Entwicklung im Fremdenverkehr auf 5 000 Übernachtungen pro Gemeinde heraufgesetzt.

### Anzahl der Betten, Gäste und Übernachtungen in Schleswig-Holstein



#### Brüche im langfristigen Vergleich durch methodische Änderungen

In Schleswig-Holstein ist der Kreis der Gemeinden, die in die Fremdenverkehrsstatistik einbezogen worden sind, ab 1950 mehrfach geändert worden. Die Erweiterung des Berichtskreises im Jahre 1974 von 134 auf 171 Gemeinden hat dabei zu einem erkennbaren Bruch der Zahlenreihen geführt. Besonders gravierend wirkte sich seit 1981 die Umstellung auf ein neues Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren aus, das nur noch Betriebe mit 9 und mehr Betten, nunmehr allerdings flächendeckend in allen Gemeinden des Landes, einbezieht. Diese Umstellung, die auf die Entlastung der Berichtspflichtigen und die Beobachtung allein beschäftigungsrelevanter größerer Beherbergungsbetriebe abstellt, hat die Aussagekraft der Ergebnisse insbesondere für Schleswig-Holstein bis heute beeinträchtigt, da etwa die hierzulande große Zahl von Ferienwohnungen, in denen üblicherweise weniger als 9 Personen übernachten, unvollständig und nicht annähernd in die Ergebnisse einbezogen ist.

# Öffentliche Sozialleistungen

Die laufende Beobachtung der Zahl der Empfänger öffentlicher Sozialleistungen und der dafür geleisteten Ausgaben ist notwendig, um beurteilen zu können, wie sich die sozialpolitische Gesetzgebung auswirkt. Auch für die Weiterentwicklung des Sozialstaats, für den in der jetzigen Form immer häufiger die Frage der Finanzierbarkeit gestellt wird, sind die amtlichen Daten eine wichtige Informationsgrundlage.

Von der amtlichen Statistik wird vor allem der Bereich der mit öffentlichen Mitteln finanzierten Sozialleistungen erfaßt. Statistische Aufbereitungen für den großen Bereich der Sozialversicherung werden weitgehend von den dafür zuständigen Trägern geleistet. Eine Ausnahme wird allerdings die geplante neue Pflegestatistik bilden, mit der die Leistungen aus der Pflegeversicherung erhoben werden.

## ***Wandel in den Sozialstatistiken***

*Der sich wandelnde Sozialstaat bestimmt die Anforderungen an die Statistik*

Vom Statistischen Landesamt werden Sozialstatistiken erhoben zur Sozialhilfe und Jugendhilfe, zu den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und für Rehabilitationsmaßnahmen, zur Kriegsopferfürsorge, zum Wohngeld und – wie schon erwähnt – zukünftig zu den Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz.

Diese Aufzählung zeigt die sich wandelnden Aufgaben des Sozialstaats. Umfang und Struktur öffentlicher Sozialleistungen haben sich in den vergangenen 50 Jahren stark verändert und damit auch ihre Abbildung in der amtlichen Statistik: So ist seit 1994 die Asylbewerberleistungstatistik neu hinzu gekommen, und voraussichtlich ab 1997 wird es erstmals Zahlen über Empfänger von Pflegeleistungen geben. Auch innerhalb bestehender Statistiken, etwa der Sozialhilfe- und der Jugendhilfestatistiken, hat es gravierende Veränderungen gegeben, die meist auf die Änderung gesetzlicher Rahmenbedingungen zurückgehen.

Für die Jugendhilfe wurde das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWG) von 1922 zunächst 1962 durch das Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) leicht modifiziert und durch das 1991 in Kraft getretene Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) als Bestandteil des Sozialgesetzbuches (SGB) abgelöst. Während das JWG noch wesentlich von eingriffs- und ordnungsrechtlichen Vorstellungen geprägt war, wurde mit dem KJHG ein modernes, präventiv orientiertes Leistungsgesetz eingeführt, das den gewandelten Lebensverhältnissen und Lebensumständen Rechnung trägt und Eltern bei ihren Erziehungsaufgaben unterstützen und jungen Menschen das Hineinwachsen in die Gesellschaft erleichtern soll. Auf dieser Basis werden seit 1991 Jugendhilfestatistiken in vier Teilen erhoben, und zwar als Erhebungen über Einzelhilfen, über Maßnahmen der Jugendarbeit, über Einrichtungen der Jugendhilfe und der darin tätigen Personen sowie über Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe.

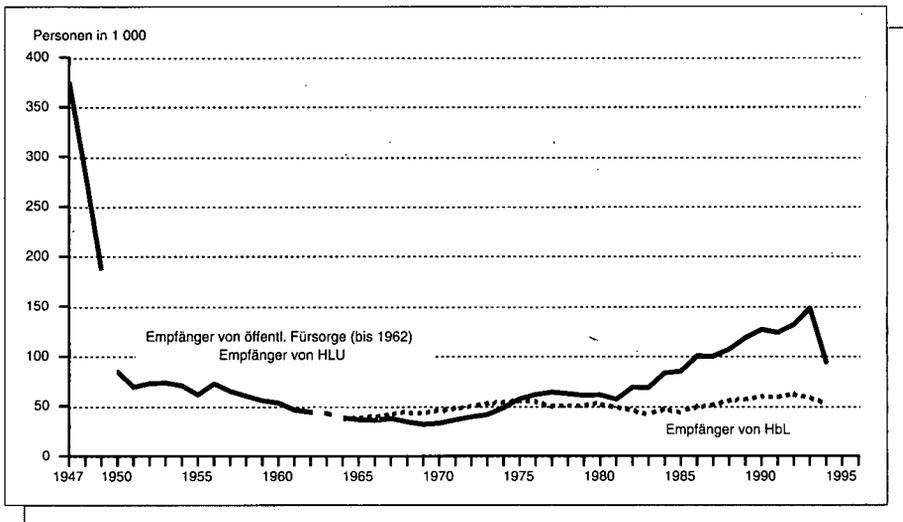
Auch die Leistungen der Sozialhilfe erfuhren mehrfache Umgestaltungen, die sich in den amtlichen Statistiken niederschlugen. In den Jahren 1947 bis 1949 wurden zunächst die Personen gezählt, die während des Jahres Offene Fürsorge erhielten. Von ihnen waren mehr als die Hälfte Flüchtlinge. Ab 1950 wurde dann die Zahl der Fürsorgeempfänger zu einem Stichtag erhoben, zunächst zum Ende des Rechnungsjahrs am 31.03., ab 1960 zum 31.12. eines Jahres. Mit der Verabschiedung des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) 1962 wurde schließlich die Sozialhilfe eingeführt, wie sie im Prinzip heute noch gewährt wird, nämlich als Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) und als Hilfe in besonderen Lebenslagen (HbL). Seit 1964 wurden in der Statistik die Empfänger von Sozialhilfe im Laufe des Jahres ausgewiesen, ohne die Empfänger von Einmalzahlungen. Zum Berichtsjahr 1994 wurde die Statistik vollständig umgestaltet und die Zahl der Empfänger von HLU wurde wieder wie vor 1963 als Bestandszahl am Jahresende ermittelt.

Die Zahl der Empfänger von öffentlicher Fürsorge war aufgrund des Flüchtlingsstroms nach Schleswig-Holstein in den Nachkriegsjahren sehr hoch. Sie sank dann schnell

**Steigende Zahl der Empfänger von Sozialhilfe in Zeiten wirtschaftlicher Krisen**

und hatte in den Jahren 1969/70 (jetzt: Empfänger von HLU) ihren Tiefpunkt, als der lange wirtschaftliche Aufschwung der Nachkriegszeit sich mit der ersten Ölpreiskrise zu Beginn der 70er Jahre dem Ende zuneigte. Seitdem ist die Zahl der HLU-Empfänger meist stetig, manchmal sprunghaft gestiegen. Auffällig ist, daß in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs in den 80ern die Zahl der HLU-Empfänger nicht oder kaum (1987) zurückging. In den letzten Jahren waren nochmals starke Zuwachsraten bei HLU-Empfängern zu verzeichnen. Dies ist einerseits

**Empfänger von Sozialleistungen in Schleswig-Holstein**



auf erneute konjunkturelle Einbrüche zurückzuführen, andererseits auf den starken Anstieg der Zahl der Asylbewerber, die bis 1993 noch Sozialhilfe erhielten. Anders als die Zahl der HLU-Empfänger stagnierte die Zahl der Empfänger von HbL nach einem ersten Anstieg weitgehend. In den Jahren 1990 bis 1993 lag die Zahl der HbL-Empfänger über dem langjährigen Durchschnitt. Das deutet allerdings nicht auf einen anhaltenden Trend hin, da neuere Werte wieder deutlich unter denen der Vorjahre liegen.

# Öffentliche Finanzen

Den Statistiken über öffentliche Finanzen kommt im föderalen Staatsaufbau die wichtige Aufgabe zu, die staatlichen und kommunalen Haushaltsdaten zu einem konsistenten Gesamtbild zusammenzufassen, das der Finanz-, Wirtschafts- und Geldpolitik als Entscheidungsgrundlage dient. Als Sekundärstatistiken basieren sie unmittelbar auf vorhandenen Haushalts-, Kassen- und Rechnungsunterlagen der öffentlichen Verwaltungen.

## **Steueraufkommen**

*Steueraufkommen  
aus über  
50 Steuerarten*

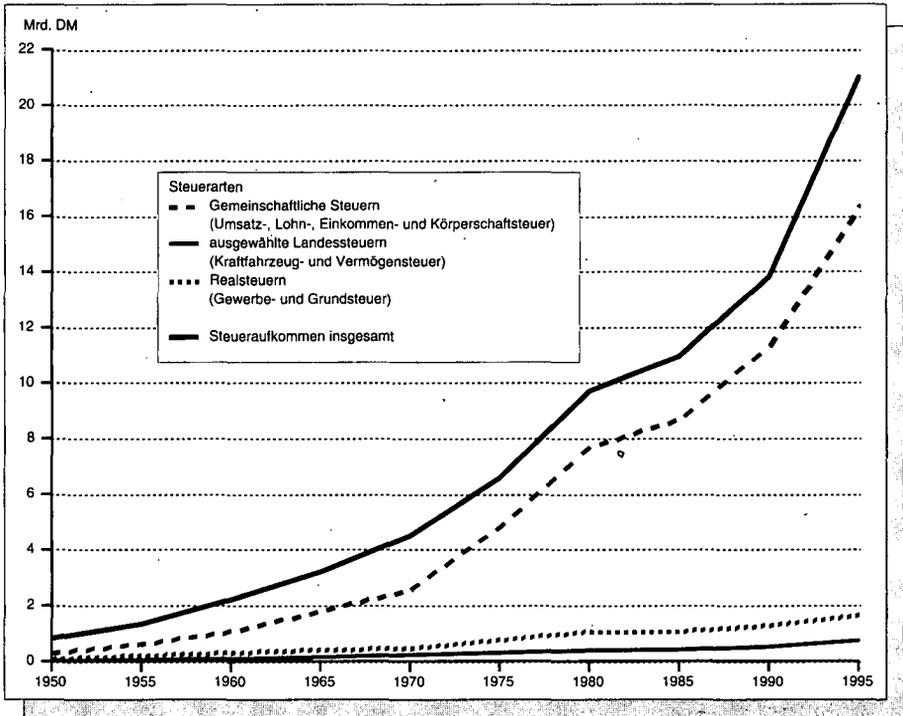
In diesem Beitrag wird nur auf die Entwicklung des Steueraufkommens und der Verschuldung eingegangen. Das Steueraufkommen eines Jahres ist dabei die Summe der kassenmäßigen Ergebnisse von über 50 unterschiedlichen Steuerarten. Die Gesamtergebnisse zeigen die gewachsene Finanzkraft im Lande, nicht jedoch die endgültigen Steuereinnahmen für den Bund, das Land und die Kommunen, wie sie sich auf Grund des Art. 106 GG nach der Verteilung ergeben, da auf die komplizierte Umverteilung im Rahmen föderaler Finanzverflechtungen hier nicht näher eingegangen werden kann.

Neben den Einflüssen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und ihrer strukturellen Veränderungen auf die Bemessungsgrundlagen einzelner Steuern sind insbesondere die Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen auf die Beziehung zwischen Kassenaufkommen und Bemessungsgrundlage von erheblicher Bedeutung.

In der folgenden Grafik sind neben dem Gesamtaufkommen aller Steuern die Zusammenfassungen der 9 wichtigsten Steuerarten, die fast 90 % des Steueraufkommens ausmachen, dargestellt. Im verbleibenden Rest sind umfangmäßig von Bedeutung die reinen Bundessteuern (Mineralöl-, Versicherungs-, und sonstige Verbrauchssteuern, aber auch der Solidaritätszuschlag) und weitere reine Landessteuern (Grunderwerb-, Lotterie-, Biersteuer usw.).

Zu den Gemeinschaftlichen Steuern gehören die Steuern vom Einkommen und Umsatz. Nach deutschem Steuerrecht unterliegt das Einkommen natürlicher Personen der Einkommensteuer, dasjenige juristischer Personen der Körperschaftsteuer. Der haushaltsrechtliche Ansatz für die Steuereinnahmen gliedert die Einkommensteuer nach der

### Steueraufkommen in Schleswig-Holstein



Art der Erhebung in die Formen „Lohnsteuer“, „veranlagte Einkommensteuer“, „nicht veranlagte Steuern vom Ertrag“ und „Zinsabschlag“ auf. Für den Steuerpflichtigen sind diese Steuerzahlungen Vorauszahlungen auf die endgültig festzusetzende Einkommensteuer. Auch die Körperschaftsteuer ist lediglich eine Vorauszahlung der juristischen Personen auf die Steuerschuld ihrer Anteilseigner. Bei der Veranlagung der Steuerpflichtigen werden die unterschiedlichen Einkunftsarten zusammengefaßt und die

Einkommensteuer festgesetzt. Nach Anrechnung von Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer, Zinsabschlag oder Körperschaftsteuer und der geleisteten Vorauszahlungen verbleibt ein Erstattungs- oder Nachzahlungsbetrag, der aus dem Aufkommen der „veranlagten Einkommensteuer“ gezahlt oder vereinnahmt wird. Diese Steuerart stellt deshalb eine Restgröße dar. Die Steuern vom Umsatz umfassen die Einfuhrumsatzsteuer auf Importe und die Mehrwertsteuer als allgemeine Verbrauchssteuer, die aus technischen Gründen von den Unternehmen erhoben werden.

*Gemeinschaftliche Steuern, Steuern des Landes, Realsteuern der Gemeinden auf rund 21 Mrd. DM angewachsen*

Von den gemeinschaftlichen Steuern – 1995 mit einem Anteil von 77,6 % – stellen die Steuern vom Einkommen der natürlichen Personen (Lohn- und veranlagte Einkommensteuer) seit 1959 das größte Aufkommen. Seit 1968 ist die Lohnsteuer allein die ergiebigste Steuer. Innerhalb der letzten 45 Jahre stieg die Lohnsteuer von 45,6 Mill. DM auf über 8 Mrd. DM. 1995 betrug ihr Anteil 38,1 %, während die Anteile der veranlagten Einkommensteuer mit 1,1 Mrd. DM nur 5,3 % und der Körperschaftsteuer mit gut 1 Mrd. DM nur 5,2 % ausmachten. Bis 1967 war die Umsatzsteuer die ergiebigste Steuer. Das Aufkommen der Umsatzsteuer hat sich seit 1950 – mit Ausnahme der Jahre 1968 und 1975 – jährlich erhöht. Während der Rückgang im Jahre 1968 vor allem durch die Änderung der Erhebungsform hervorgerufen wurde, ist er im Jahre 1975 insbesondere auf den Konjunkturrückgang zurückzuführen. Zwischen 1950 und 1995 ist das Umsatzsteueraufkommen um 3 570 % auf 6,1 Mrd. gewachsen, der Anteil betrug 1995 29,0 %.

Die wichtigsten Landessteuern sind die Kraftfahrzeug-, Vermögen- und Grunderwerbsteuer. Ihr Aufkommen betrug 1995 entsprechend 507 Mill. DM, 229 Mill. bzw. 221 Mill. DM mit einem Anteil von insgesamt nur 4,5 %.

Von den Realsteuern, deren Aufkommen vom Wachstum der Bemessungsgrundlagen und dem Hebesatzrecht abhängt, ist die wichtigste die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, der jeder Gewerbebetrieb unterliegt. Neben Gewerbekapital und Gewerbeertrag durfte die Gemeinde bis 1981 auch die Lohnsumme, die ein Betrieb an seine

Beschäftigten gezahlt hat, besteuern. Nach der Gewerbesteuer sind die Grundsteuern für die Gemeinden von großer Bedeutung. Ihr Aufkommen stieg jedoch im Vergleich zu dem der Gewerbesteuern nur verhältnismäßig langsam. Im Jahre 1950 betrug das Aufkommen an Grundsteuern rd. 61 Mill. DM, während das Aufkommen an Gewerbesteuer einschl. Lohnsummensteuer lediglich knapp 43 Mill. DM erreichte. 1975 hingegen hatte sich das Aufkommen an Gewerbesteuer auf annähernd das Vierfache des Aufkommens an Grundsteuern gesteigert. Dies ist vor allem auf die Neubewertung zurückzuführen. Bis zum 31.03.1963 galten die Einheitswerte vom 01.01.1935. Zum 01.01.1964 erfolgte eine neue Hauptfeststellung. Die Hauptveranlagung wurde jedoch erst zum 01.01.1974 durchgeführt. Durch zahlreiche Rechtsänderungen ist die Gewerbesteuer inzwischen abgesenkt worden. 1995 erbrachte sie trotzdem fast 1,2 Mrd. DM; ihr Anteil betrug damit 5,6 %. Innerhalb der 45 Jahre ist dagegen die Grundsteuer A nur um 36 % auf 32 Mill. DM und die Grundsteuer B um 980 % auf 402,4 Mill. DM gestiegen. Die Anteile am Gesamtsteueraufkommen betragen 1995 damit nur 0,2 % bzw. 1,9 %.

### ***Schulden des Landes und der Kommunen***

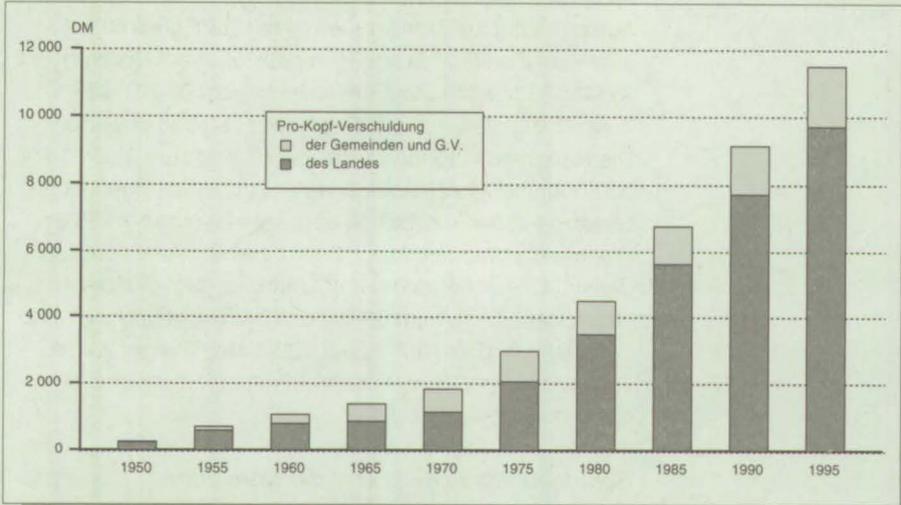
Infolge ihrer sehr ungünstigen Wirtschaftsstruktur hatten das Land und seine Kommunen im Vergleich zu anderen Flächenländern nur unterdurchschnittliche Steuereinnahmen. Schleswig-Holstein gehörte über Jahrzehnte zu den finanzschwächsten Bundesländern und war stets auf Bundeshilfen angewiesen. Erst ab 1980 kann man von einer Dynamik des Steueraufkommens sprechen und erst 1995 näherte sich das Land mit seiner Finanzkraft dem Bundesdurchschnitt an und wurde erstmalig zum Nettozahler beim Länderfinanzausgleich.

Um einer Reihe von historischen, geografischen und demografischen Nachteilen zu begegnen, mußte Schleswig-Holstein bis Ende der 60er Jahre trotz der schwachen Steuerkraft große finanzielle Anstrengungen unternehmen und war deshalb 1970 das höchstverschuldete Flächenland im Bundesgebiet. Die 1969 geschaffenen Möglichkei-

## Steigende Pro-Kopf-Verschuldung

ten der Mischfinanzierung ermöglichten es dem Land, erhebliche Bundesmittel zu binden, um Struktur- und Reformpolitik bestreiten zu können. Dies führte jedoch auch zur Ausweitung der eigenen Verschuldung und dazu, daß seit 1978 der Schuldenberg des Landes das jährliche Haushaltsvolumen übertrifft.

## Öffentliche Schulden in Schleswig-Holstein



Zwischen 1950 und 1995 sind die Schulden des Landes um 4 361 % auf 26,4 Mrd. DM gewachsen. Auch 1995 hatte das Land Schleswig-Holstein mit 9 709 DM die zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Flächenländer. Der Schuldenbetrag der Kommunen stieg im gleichen Zeitraum von 48 Mill. DM auf 4,9 Mrd. DM oder 10 075 %. Lag die Pro-Kopf-Verschuldung 1950 bei 19 DM so beträgt sie 1995 bereits 1 799 DM.

# Preise

In einer marktwirtschaftlich ausgerichteten Volkswirtschaft benötigt man zuverlässige, regelmäßig erstellte und umfassende Informationen über Preise und Preisbewegungen. So liefern die Ergebnisse der Preisstatistik unentbehrliche Informationen zur Bestimmung von Inflation und Kaufkraft, für Wirtschaftsanalysen sowie für wirtschafts- und sozialpolitische Zwecke. Preisstatistiken sind für eine Vielzahl amtlicher Stellen, für Verbände und Unternehmen, aber auch für viele Privatpersonen eine wichtige Arbeits- und Entscheidungsgrundlage.

## *Entwicklung der Preise auf verschiedenen Wirtschaftsstufen und nach Wirt- schaftsbereichen*

Die Preisstatistik soll Orientierung über Preise und Preisbewegungen anbieten, wobei der Schwerpunkt beim Nachweis der Entwicklung der Preise der bedeutendsten Gütergruppen auf den verschiedenen Wirtschaftsstufen bzw. nach unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen liegt. Die wichtigsten Ergebnisse der Preisstatistik sind die Preisindizes, die die Preisentwicklung in einem bestimmten Bereich als durchschnittliche Veränderung gegenüber einem Vergleichszeitraum angeben. Zwar werden von der Preisstatistik zum Teil auch Durchschnittspreise für einzelne Güter ermittelt, diese stellen jedoch nur grobe Anhaltspunkte dar, da für wirklich verlässliche Angaben andere Erhebungsverfahren und eine viel größere Auswahl von Einzelpreisen erforderlich wäre.

Preisindizes sind auch im Zuge der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion von großer Bedeutung. So wird ein Harmonisierter Verbraucherpreisindex als Meßinstrument für das Konvergenzkriterium Preisstabilität eingesetzt. Schließlich werden Preisindizes häufig als Bezugsgrößen von Wertsicherungsklauseln in Miet-, Pacht-, Übergabe-, Pensions- und anderen Verträgen über laufende Zahlungen verwendet.

Die Preisstatistik umfaßt verschiedene Einzelstatistiken, die in unterschiedlicher Regelmäßigkeit teils über Erhebungen bei den Anbietern oder Erzeugern bestimmter Güter

*Preisstatistik als  
System einzelner  
Erhebungen*

und Dienstleistungen, teils über die Auswertung von Unterlagen anderer Behörden durchgeführt werden. Erhoben werden Daten zu den Erzeugerpreisen landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher und gewerblicher Produkte, zu den Einkaufspreisen landwirtschaftlicher Betriebsmittel, zu Bauleistungspreisen, zu den Kaufwerten für Bauland, zu Großhandelsverkaufspreisen sowie zu Verbraucherpreisen.

In der Verbraucherpreisstatistik als tragender Säule der Preisstatistik werden die Einzelhandelsverkaufspreise (einschließlich der Preise von Warenhäusern, Verbrauchermärkten, Konsumgenossenschaften und Versandhandelsunternehmen), Preise für Waren und Leistungen des Handwerks, Strom- und Gastarife, Beförderungstarife, Eintrittspreise für Oper, Theater und Kino, Prämien für Versicherungsleistungen, Gebühren von Geldinstituten, Pauschalpreise für Urlaubsreisen, Wohnungsmieten usw. monatlich erhoben. Diesen Preisen liegen örtlich gängige Ausführungen und Qualitäten zugrunde.

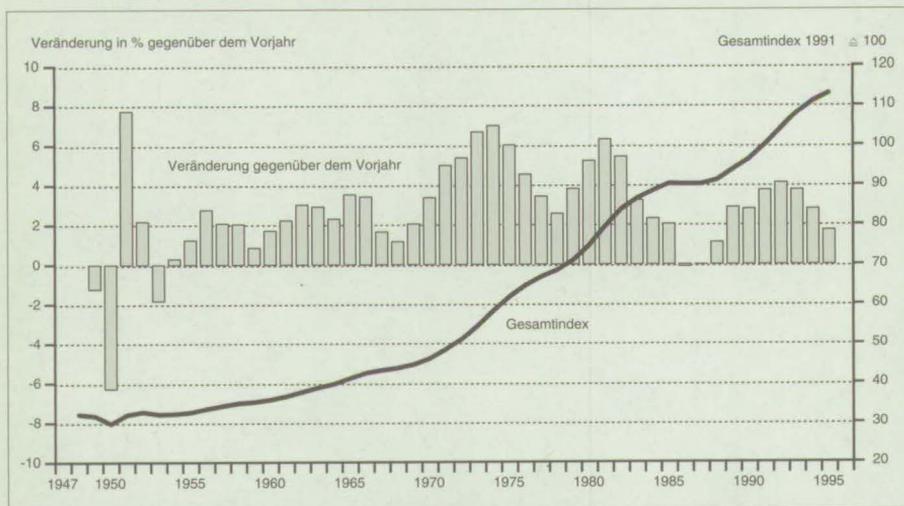
In Schleswig-Holstein wird die Erhebung für etwa 750 Einzelpositionen in zehn Berichtsgemeinden und 1 504 Berichtsstellen mit Preisermittlerinnen und Preisermittlern durchgeführt. Aus den Einzelpreisen werden Landesdurchschnittspreise gebildet, die dann mit den Ergebnissen anderer Bundesländer in den Preisindex der Lebenshaltung für das Bundesgebiet eingehen.

Die monatliche Veröffentlichung des Preisindex für die Lebenshaltung, der für verschiedene Haushaltstypen berechnet wird, findet in der Öffentlichkeit eine hohe Aufmerksamkeit. Für die Indexberechnung benötigt man neben den Preisen auch ein Mengengerüst, das die quantitative Struktur des Verbrauchs nach dem Gewicht einzelner Güter und Dienstleistungen in den Verbrauchsgewohnheiten der nachgewiesenen Haushaltstypen abbildet. Dieses Mengengerüst wird aus den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben und der laufenden Wirtschaftsrechnungen abgeleitet, die detaillierte Angaben über die Einnahmen und Ausgaben von privaten Haushalten liefern.

## Preisentwicklung im langfristigen Vergleich

Bei einem langfristigen Zeitvergleich der Preisindizes für die Lebenshaltung ist zu bedenken, daß die zugrundegelegten Verbrauchsverhältnisse und die Auswahl der Waren mehrfach an Veränderungen der Verbrauchsstruktur angepaßt worden sind. Diese methodischen Brüche beeinträchtigen jeweils den langfristigen Vergleich.

### Preisindex der Lebenshaltung im früheren Bundesgebiet (4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen)



*Langfristiger Trend der Preisentwicklung von politischen und wirtschaftlichen Krisen beeinflusst*

Im langfristigen Trend läßt sich ein ständiger Anstieg der Preissteigerung verfolgen, wobei sich das Preisniveau von 1948 bis 1996 mehr als verdreifacht hat. In den ersten Nachkriegsjahren fallen die relativ starken positiven und negativen Preisveränderungsraten auf. Die Währungsreform von 1948 und die damit einhergehende Zunahme des Vertrauens in die Funktionsfähigkeit des freien Marktes führte zu deutlichen Rückgängen der überhöhten Nachkriegspreise. Erheblich preissteigernd wirkte sich dagegen die Korea-Krise im Jahre 1951 aus. Ab dem Jahr 1954 lassen sich bis zum Jahr 1986 nur noch jährliche Erhöhungen des Preisniveaus beobachten, wobei die erste Hälfte der 70er Jahre aufgrund der ersten Ölpreisschocks durch

ungewöhnlich starke Steigerungsraten geprägt wurde. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre verlangsamte sich der Preisauftrieb, während zu Beginn der 80er Jahre erneut ein verstärktes Anziehen zu beobachten war. Nach dem Höhepunkt 1981 setzte jedoch ein starker Abwärtstrend ein, der 1986 erstmals seit mehr als 30 Jahren zu einer absoluten Verbraucherpreisstabilität führte. In der Folgezeit entwickelte sich der Preisindex für die Lebenshaltung bis 1992 wieder moderat aufwärts, wobei sich seit 1993 der Preisauftrieb deutlich verlangsamt hat.

# Löhne und Gehälter

*Menschliche  
Arbeitskraft hat  
ihren Preis*

Preise haben in einem marktwirtschaftlichen System eine wichtige Funktion als Informations- und Steuerungsinstrument bei knappen Ressourcen. Neben den Preisen für Güter und Dienstleistungen verdient der Preis für menschliche Arbeit eine besondere Beachtung. Eine genaue Beobachtung der Entwicklung der Löhne und Gehälter ist vor allem für die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, sowie für konjunktur- und finanzpolitische Planungen von hoher Bedeutung. Ein besonderes Interesse an den Ergebnissen der Lohnstatistik haben Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Die lohnstatistischen Zahlen bilden eine objektive, neutrale Basis für Tarifverhandlungen und tragen zur Versachlichung der Verhandlungsprozesse bei.

Mit der Lohn- und Gehaltsstatistik sollen in erster Linie Informationen über den Stand, die Entwicklung und die Bestimmungsgründe der tariflichen und effektiven Löhne und Gehälter gewonnen und die Einkünfte der Arbeitnehmer aus unselbständiger Tätigkeit dargestellt werden. Zu diesem Bereich wird auch die Erfassung von sonstigen Personalkosten gezählt, wie z. B. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung oder die Kosten einer betrieblichen Altersversorgung. Alle Lohn- und Gehaltsstatistiken besitzen die Gemeinsamkeit, daß die dargestellten Merkmale im allgemeinen personen- oder fallbezogen sind und damit die Einzelbetrachtung von Verdiensten, Tarifentgelten, Arbeitskosten usw. in den Vordergrund stellen.

*Verdienst-  
erhebungen  
zur laufenden  
Beobachtung in  
verschiedenen  
Wirtschaftszeigen*

Die laufenden Verdiensterhebungen haben die längste Tradition in diesem Bereich. Sie bestehen aus getrennten Erhebungen in Industrie und Handel (einschließlich Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe), im Handwerk und in der Landwirtschaft. Mit ihnen kann die Entwicklung der effektiven Bruttoverdienste wichtiger Arbeitnehmergruppen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen in unterschiedlichen, jedoch regelmäßigen Zeitabständen dargestellt werden. Bei den monatlichen Erhebungen werden die vom Arbeitgeber tatsächlich gezahlten Lohn- oder Gehalts-

zahlungen erfaßt, egal ob auf tariflicher Basis oder durch frei vereinbartes Entgelt erzielt, einschließlich aller tariflichen oder außertariflichen Leistungs-, Sozial- und sonstigen Zulagen oder Zuschläge. Bei den Jahreserhebungen werden zusätzlich verschiedene Sonderzahlungen (z. B. Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt) berücksichtigt. Die Ergebnisse beruhen als Stichprobenerhebung auf Angaben ausgewählter Betriebe für verschiedene Arbeitnehmergruppen.

Die laufende Tariflohnstatistik wertet die abgeschlossenen Tarifverträge bezüglich der nachgewiesenen Lohn- und Gehaltssätze und anderer wichtiger Tarifbestimmungen aus, z. B. der tariflichen Arbeitszeit, und berechnet verschiedene Indizes. Schließlich werden hier auch die in den Besoldungsgesetzen nachgewiesenen Dienstbezüge der Bundesbeamten zusammengestellt. Die Tariflohnstatistik ermöglicht damit einen Überblick über die tarifliche Lohn- und Gehaltsentwicklung nach Wirtschaftszweigen und Arbeitnehmergruppen sowie über die Beamtenbesoldung.

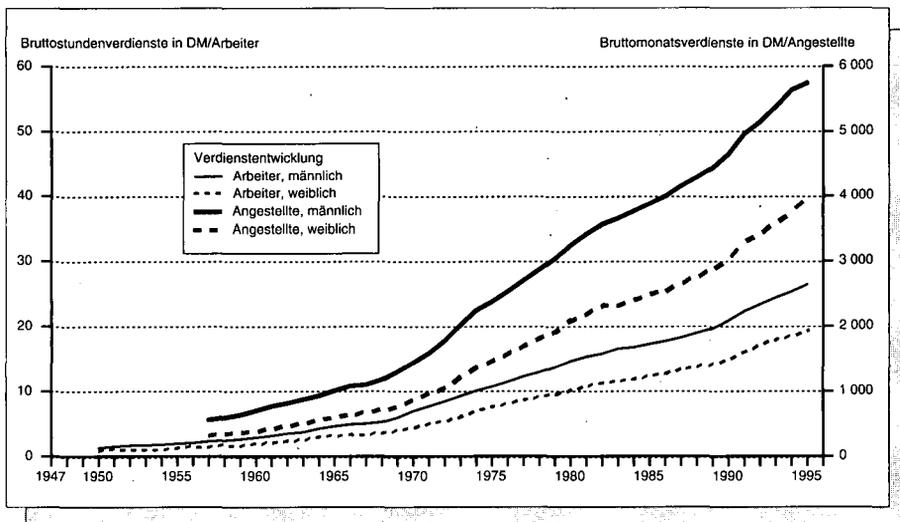
*Struktur-  
erhebungen  
dienen auch der  
Bestimmung von  
Einflußfaktoren*

Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung (GLS) wird ebenfalls als Stichprobenerhebung, jedoch in mehrjährigem Abstand und im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich (Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe) durchgeführt, wobei in erster Linie Verdienste und verdienstbestimmende Merkmale nachgewiesen werden. Mit Hilfe der GLS lassen sich tiefere Einblicke in die Verdienstunterschiede nach Wirtschaftszweigen, Arbeitnehmergruppen und sozialen Merkmalen gewinnen, als dies mit der laufenden Verdienststatistik möglich wäre.

Auch die Arbeitskostenerhebung findet in mehrjährigem Abstand als Stichprobenerhebung im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich statt. Hier werden sämtliche den Produktionsfaktor Arbeit betreffenden Aufwendungen, also auch die Personalneben- oder -zusatzkosten, bei Betrieben oder Unternehmen erfaßt. Hierzu gehören Aufwendungen für einzelne Arbeitnehmer (z. B.: Lohn und Gehalt oder Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) und Aufwendungen für die gesamte Arbeitnehmerschaft (z. B. für Kantinen oder einen betrieblichen Gesundheits-

dienst). In erweitertem Sinn gehören zu den Arbeitskosten-erhebungen auch die Sondererhebungen über die betriebliche Altersversorgung, die bisher in unregelmäßigen Abständen durchgeführt wurden.

### Langfristige Verdienstentwicklung in Schleswig-Holstein



Die Abbildung basiert auf den Ergebnissen der vierteljährlichen Verdiensterhebung in Industrie und Handel, wobei jeweils die Herbstergebnisse verwendet wurden. Die Angestellten wurden erst im Zuge einer Reform der Erhebung im Jahre 1957 einbezogen. Der Bruttostundenverdienst der Arbeiter in der Industrie hat sich von 1950 bis 1995 verzwanzigfach, der der Arbeiterinnen mehr als verdreißigfach. Der Bruttomonatsverdienst der männlichen Angestellten hat sich im Zeitraum 1957 bis 1995 mit dem Faktor 10 vervielfacht, der der weiblichen Angestellten fast verzweifelfach. Zwar ist die Verdienstscheere zwischen Männern und Frauen auch 1995 noch recht groß, sie hat sich aber im Vergleich zu den 50er Jahren doch zurückgebildet. Bei der Beurteilung der Ergebnisse ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Berichtsfirmenkreis unter zum Teil erheblichen Erweiterungen mehrfach gewechselt hat.

# Privater Verbrauch

Politik und Gesellschaft haben großen Bedarf an tiefstrukturierten Daten zur wirtschaftlichen Situation privater Haushalte. Detaillierte und aktuelle Informationen über Einkommens- und Vermögensverhältnisse, Umfang und Struktur des privaten Verbrauchs in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen stellen nicht nur die Grundlage für wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen des Staates dar, sie liefern auch Anbietern von Gütern und Dienstleistungen Hinweise auf Nachfragepotentiale, den Sozialpartnern Argumentationsgrundlagen für die Beurteilung sozioökonomischer Disparitäten und den Verbraucherorganisationen Einblicke in die Konsumgewohnheiten der Bevölkerung. Private Haushalte bilden die wichtigste Komponente bei der Verwendung des gesamten Sozialprodukts.

## *Verbrauch der privaten Haushalte volkswirtschaftlich bedeutend*

In der amtlichen Statistik sollen die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte helfen, Einblicke in deren Einnahmen- und Ausgabenstruktur zu gewinnen. Hierzu sind zwei Erhebungsbereiche vorgesehen: Einkommens- und Verbrauchsstichproben und laufende Wirtschaftsrechnungen. Mit den Ergebnissen dieser Erhebungen werden die Aufstellung und Kontrolle der Verwendungsseite des Sozialprodukts in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unterstützt. Darüber hinaus bilden sie eine wichtige Grundlage für die Erstellung des Warenkorbs beim Preisindex für die Lebenshaltung.

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist eine Erhebung im zeitlichen Abstand von etwa fünf Jahren. Bundesweit werden damit bei freiwillig teilnehmenden Privathaushalten jeweils ein Jahr lang mit Hilfe von Haushaltsbüchern und zusätzlich mit Interviews Daten über die Vermögens-, Einkommens- und Wohnsituation, über die Art und Höhe der Einnahmen einschließlich erhaltener öffentlicher Transferleistungen sowie über deren Verwendung, gegliedert nach vielen Güter- und Dienstleistungsgruppen, erfaßt. Ergänzt werden diese Daten durch An-

gaben über die soziodemographische Struktur der Haushalte, ihre wirtschaftliche und soziale Situation sowie ihre Ausstattung mit ausgewählten Gebrauchsgütern.

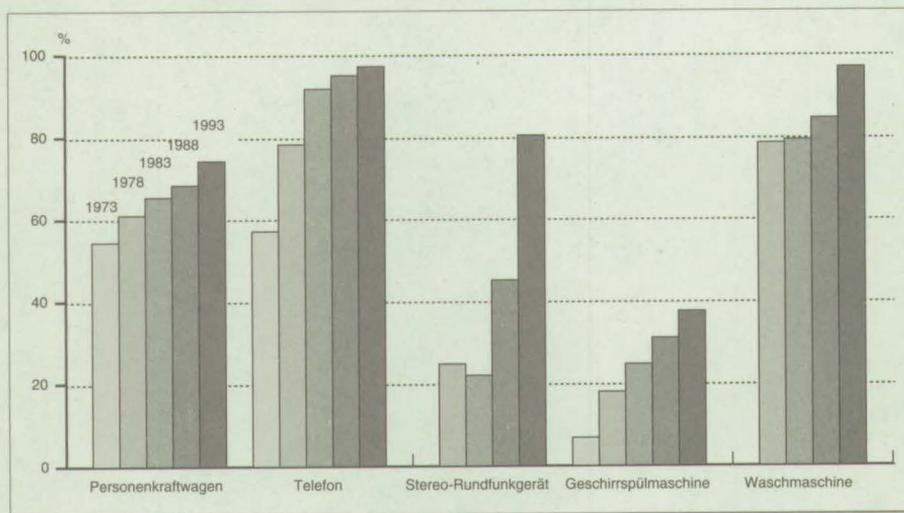
An der EVS 1993 haben rund 50 000 Haushalte im ganzen Bundesgebiet teilgenommen. Weil diese Erhebung nicht nur Bundesergebnisse, sondern auch gesicherte Landesergebnisse liefern soll, werden die einzelnen Länder je nach Einwohnerzahl mit unterschiedlichen Auswahlsätzen in die nach einzelnen Merkmalen geschichtete Quotenstichprobe – wie sie für Erhebungen auf freiwilliger Basis sinnvoll ist – einbezogen.

### **Landes- und Bundesergebnisse**

*Landesergebnisse nur in Teilbereichen möglich*

Für Schleswig-Holstein stehen erst seit der EVS 1973 Landesergebnisse zur Verfügung. Die Abbildung zeigt an einigen Beispielen, daß sich das Ausstattungsniveau der Haushalte über die Jahre laufend verbessert hat und inzwischen ein hoher Ausstattungsgrad mit Gebrauchsgütern erreicht worden ist.

### **Ausstattung der privaten Haushalte in Schleswig-Holstein mit ausgewählten Gebrauchsgütern**



Weil die EVS wegen ihres Umfangs nur in größeren Abständen stattfindet, benötigt man zusätzlich ein Instrument, das auch laufend aktuelle Angaben zur Verfügung stellt. Die laufenden Wirtschaftsrechnungen wenden sich monatlich an maximal je 1 000 Haushalte im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern, die ebenfalls freiwillig Haushaltsbücher führen. Die kleine Stichprobe sorgt für niedrige Kosten und kurze Aufbereitungszeiten, kann aber kein repräsentatives Bild für die gesamte Bevölkerung liefern, da nur wesentliche Veränderungen im Konsumentenverhalten für drei genau abgegrenzte Haushaltstypen gemessen werden: 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen (Typ 1); 4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen (Typ 2); 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen (Typ 3).

# **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen geschieht in einer Vielzahl arbeitsteiliger und komplizierter Prozesse. Für den Einzelnen ist es fast unmöglich, hier einen Überblick zu gewinnen. Gleichwohl werden Fragen zur Entwicklung der Wirtschaft, ihrer Leistungsfähigkeit und zum wirtschaftlichen Strukturwandel ständig gestellt. Es ist deshalb erforderlich, alle im Wirtschaftsprozeß vorkommenden Aspekte sinnvoll zusammenzufassen (makroökonomische Aggregate), um ein überschaubares Gesamtbild zu schaffen.

Die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) arbeiten mit solchen makroökonomischen Größen.

Daten aus vielen, in den vorangegangenen Abschnitten geschilderten Statistikbereichen werden in den VGR genutzt und helfen, das systematisch gestaltete Gesamtbild einer Wirtschaft zu zeichnen. In der Frühzeit der VGR haben die Daten nicht die Bedeutung gehabt, die man heute gesamtwirtschaftlichen Aggregaten zubemißt. Immerhin sind die Instrumentarien für eine Globalsteuerung der Wirtschaft in der Bundesrepublik erst mit Verabschiedung des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft im Jahre 1967 gelegt worden. Auch war das statistische Instrumentarium damals bei weitem nicht so weit entwickelt wie heute.

*Dreiseitenrechnung:  
Entstehung...  
Verwendung...  
Verteilung...  
des Sozialproduktes*

Das nationale System mit einer Vielzahl von Konten und Standardtabellen berechnet jährlich das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Auch die Statistischen Landesämter berechnen auf der regionalen Ebene in arbeitsteiliger Spezialisierung einen Teil der Daten dieses Systems, die sogenannte Dreiseitenrechnung, d. h. die Entstehung des Sozialproduktes, seine Verwendung sowie seine Verteilung. Die Bruttowertschöpfung (BWS) der Wirtschaftsbereiche gibt Hinweise auf Wachstumsbranchen und Veränderungen.

gen der Wirtschaftsstruktur. Maßgröße für das regionale Wachstum ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in konstanten Preisen. BWS und BIP sind die bedeutendsten Aggregate der Entstehungsrechnung. Die Verwendungsrechnung zeigt, welche Impulse im Zeitvergleich von der Investitionstätigkeit von Wirtschaft und Staat ausgehen und wie der Staat über seinen Verbrauch das Wirtschaftswachstum beeinflusst. Die gewichtigste Komponente ist jedoch der private Verbrauch, da die privaten Haushalte mit ihrem Verhalten wesentlich das wirtschaftliche Wachstum beeinflussen. Die Verteilungsrechnung weist nach, wie sich das Volkseinkommen auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital verteilt.

### ***Regionale Gesamtrechnungen***

Regionale Gesamtrechnungen sind für Schleswig-Holstein bereits ab 1949, allerdings ohne Vergleichszahlen für andere Bundesländer, berechnet worden. Die damals veröffentlichten Zahlen sind mit den Daten der auf die heutigen Konzepte umgerechneten, bis 1950 zurückreichenden Zeitreihe nicht völlig vergleichbar. So hat man die Unterscheidung zwischen Inlandsprodukt (Ergebnis der in Schleswig-Holstein stattfindenden Wirtschaftstätigkeit) und Sozialprodukt (Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit der in Schleswig-Holstein ansässigen Wirtschaftssubjekte), die wegen der hohen Pendlerströme und der interregionalen Vernetzung der Kapitalertragsströme gerade für regionale Rechnungen heute unabdingbar ist, damals noch nicht treffen müssen. Auch der Begriff des „Sektors“ wird heute anders, und zwar für Staat, private Haushalte, Unternehmen usw. als Elemente der Kreislaufanalyse genutzt, und auch der Begriff „Industrie“ war anders als heute gefaßt. Der Bedarf an bundesweit vergleichbaren Regionalzahlen war so hoch, daß 1954 der Arbeitskreis Sozialproduktberechnungen der Länder gegründet wurde, der sich heute Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder nennt. Dieser Arbeitskreis arbeitet methodisch einheitlich und legte 1957 erste Ergebnisse einer bis 1950 rückgerechneten Zeitreihe vor. Die Zeitreihen, die heute von ihm veröffentlicht werden, reichen, wie auch die nationalen Werte des Statistischen Bundesamtes, üblicher-

*Arbeitskreis Volks-  
wirtschaftliche  
Gesamtrechnungen  
der Länder*

*Zeitreihen müssen  
regelmäßig revidiert  
werden*

weise nur bis 1970 zurück. Weitere Rückrechnungen wurden nur in größerer wirtschaftlicher Gliederung durchgeführt. Die Gründe liegen vor allem in methodischen Umbrüchen (z. B. Einführung eines neuen Berichtssystems für das Produzierende Gewerbe, Umstieg auf das sogenannte Nettosystem durch Einführung der Mehrwertsteuer mit Vorsteuerabzug).

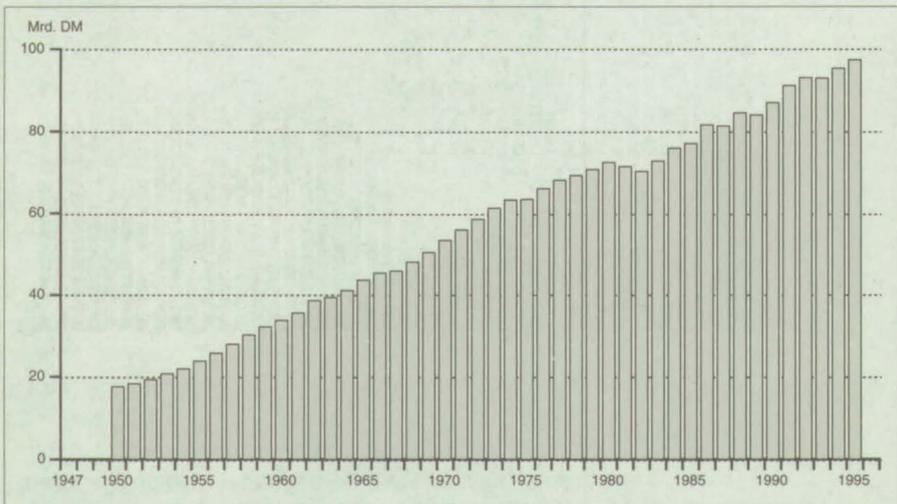
Mit den Veröffentlichungen der VGR wird versucht, einerseits den Wünschen nach Aktualität gerecht zu werden und andererseits durch Einarbeitung aller notwendigen statistischen Daten einen hohen Grad der Genauigkeit zu erreichen. Da der Wunsch nach Aktualität dabei mit dem Bestreben nach Genauigkeit konkurriert, werden die Ergebnisse mehrfach überrechnet.

### **Inlandsprodukt**

*BIP als Indikator  
für Konjunktur-  
verlauf*

Das BIP Schleswig-Holsteins in Preisen von 1991 betrug 1995 über 97 Mrd. DM, 1950 waren es noch nicht einmal 18 Mrd. DM gewesen. Dies entspricht einer mittleren jährlichen Wachstumsrate von 3,9 %. Der Anteil des Landes am BIP des Bundes (aus Gründen der Vergleichbarkeit

### **Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins in Preisen von 1991**



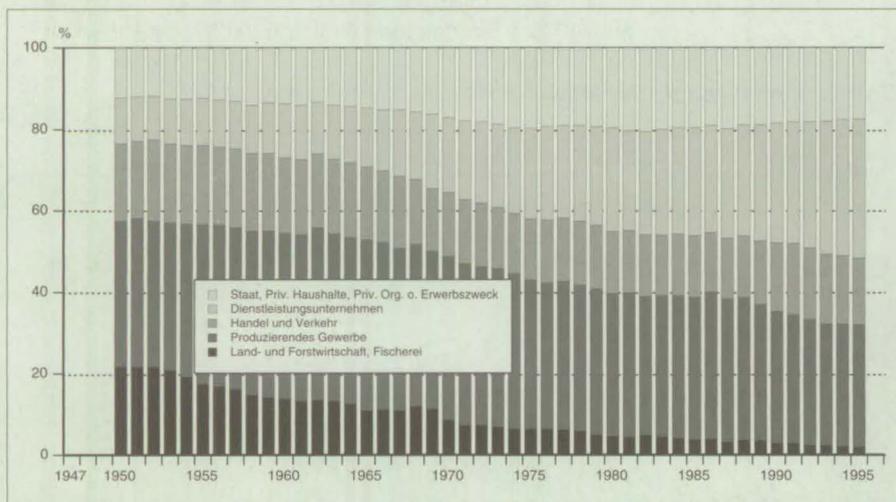
ohne Berlin-West und Saarland) hat sich wegen des in Schleswig-Holstein insgesamt etwas geringeren Wachstums von 4,1 % im Jahre 1950 auf 3,7 % im Jahre 1995 verringert.

### Strukturwandel

Im Betrachtungszeitraum hat sich die Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins erheblich gewandelt. So ist der Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei an der nominalen BWS enorm gesunken. 1950 war dieser Bereich mit 21,7 % noch der zweitbedeutendste der fünf nachgewiesenen Bereiche gewesen, um 1995 dann mit 1,9 % der mit weitem Abstand kleinste zu sein. Das Produzierende Gewerbe trug 1950 im Land zu etwas mehr als einem Drittel der BWS bei, gewann danach zunächst an Bedeutung, die es dann ab 1966 wieder einbüßte. 1995 erwirtschaftete dieser Bereich nur noch exakt drei Zehntel der BWS insgesamt.

### Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft

### Bruttowertschöpfung Schleswig-Holsteins in jeweiligen Preisen



Auch der Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr hat, gemessen an seinem BWS-Beitrag, an Bedeutung verloren. Hatte er am Anfang der Zeitreihe im Land einen BWS-An-

teil von 19,2 %, so sank er bis 1975 auf 15,0 % und verharrte dann bis 1988 auf diesem Niveau, um danach – teilweise durch die Expansion in Handel und Verkehr mit den neuen Bundesländern – wieder zu steigen und 1995 16,3 % zu erreichen. Der Wirtschaftsbereich der Dienstleistungsunternehmen hat eine zur Landwirtschaft umgekehrte Entwicklung genommen. Er trug 1950 in Schleswig-Holstein zu 11,3 % der BWS bei. Die Kreditinstitute und Versicherungen, die Wohnungsvermietung (einschließlich der selbstgenutzten Eigentümerwohnungen), das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, das Gesundheits- und Veterinärwesen, die handwerklichen Dienstleistungen sowie Bildung, Wissenschaft, Kunst und Verlagsgewerbe, die den Wirtschaftsbereich der Dienstleistungsunternehmen ausmachen, haben diesen Anteil kontinuierlich auf 34,4 % im Jahre 1995 ausgebaut. In Schleswig-Holstein hat der Anteil des Staates an der BWS (einschließlich private Haushalte und Parteien, Kirchen, Gewerkschaften usw., also einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck) 1950 bei 12,2 % und 1995 bei 17,4 % gelegen. Er lag stets höher als im früheren Bundesgebiet, was für die 60er bis 80er Jahre damit zu erklären ist, daß die Bundeswehr aus militärstrategischen Gründen in Schleswig-Holstein überproportional vertreten war. Für die 90er Jahre gilt das wegen der Konversion nur noch bedingt.

*Spezielle  
Umweltstatistiken  
erst ab 1975*

Das Thema Umwelt bewegt unsere Gesellschaft erst seit wenigen Jahrzehnten, und in älteren Statistikquellen wird man Daten, die wir heute unter „Umweltproblematik“ subsumieren, vergeblich suchen. Die politische Diskussion führte erst Mitte der 70er Jahre, zeitlich einhergehend mit den sogenannten Ölkrisen und der Erkenntnis, daß alle natürlichen Ressourcen begrenzt sind, zur Formulierung eines expliziten statistischen Programms zu den Themen Umweltbelastungen und Umweltschutzmaßnahmen. Mit der Schaffung einer entsprechenden Rechtsgrundlage im Jahre 1974 gibt es erstmals seit 1975 eigenständige Umweltstatistiken, die – dem damaligen Stand der Diskussion entsprechend – auf die konkret faßbaren Bereiche Abfallbeseitigung, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Lagerung und Transport wassergefährdender Stoffe sowie Investitionen für den Umweltschutz ausgerichtet waren. Diese Erhebungen – teils jährlich, teils in mehrjährigem Abstand – sind heute fester Bestandteil der amtlichen Statistik geworden, nachdem erhebliche anfängliche Zweifel an der Erhebbarkeit solcher Daten ausgeräumt werden konnten. Eine an die heutigen Zwecke der Umweltpolitik angepaßte neue Rechtsgrundlage des Bundesgesetzgebers erweitert und differenziert ab 1994 die bisherigen Umweltstatistiken. Die Erhebungen erfassen jetzt auch wichtige Bereiche wie z. B. die Verwertung und Entsorgung umweltrelevanter Rückstände, Luftverunreinigungen, ozon- und klimaschädigende Stoffe oder Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz.

Ende der 80er Jahre formte sich in der gesellschaftlichen Diskussion eine grundsätzlich kritische Haltung gegenüber der Überbetonung des Wirtschaftswachstums als alleinigem Gradmesser des ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritts. Damit geriet auch die bisherige statistische Messung gesamtwirtschaftlicher Prozesse mit dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) auf den Prüfstand, mit der Forderung, künftig auch die Folgekosten des Wirtschaftens zu erfassen und in Alter-

*Zusammenführung  
von Daten  
in der Umwelt-  
ökonomischen  
Gesamtrechnung*

nativrechnungen aus dem Sozialprodukt all das herauszurechnen, was nur Reparaturaufwand infolge ökonomischen Mißbrauchs der natürlichen Ressourcen darstellt. Dies führte zum einen zur Entwicklung eines Satellitensystems der VGR auf nationaler und regionaler Ebene, in dem umweltbezogene monetäre Größen einbezogen sind, wie z. B. Ausgaben des Staates für den Umweltschutz, das Anlagevermögen der Wirtschaftsbereiche für den Umweltschutz oder die hierfür getätigten laufenden Ausgaben des Produzierenden Gewerbes. Zum anderen wuchs die Zielvorstellung, eine eigenständige Umweltökonomische Gesamtrechnung (UGR) zu entwickeln, die ohne eigens dafür angeordnete statistische Erhebungen bereits verfügbare Daten aus unterschiedlichen Quellen in einem ganzheitlichen Konzept neu zusammenführen und damit – vergleichbar der VGR – analytische Synergieeffekte erzielen soll.

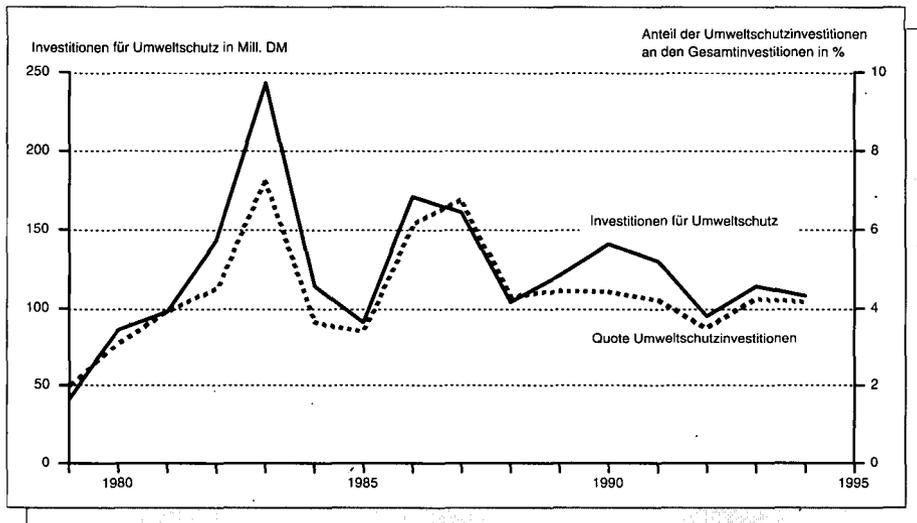
Die konzeptionelle Entwicklung einer nationalen UGR wird vom Statistischen Bundesamt betrieben. Auf regionaler Ebene ist Schleswig-Holstein dagegen bisher das einzige Bundesland, das auf Beschluß des Landtages seit 1991 eine landesspezifische UGR zum festen Aufgabenbestand des Statistischen Landesamtes zählt. Hier konnten bereits eine Reihe von Berechnungen zu den einzelnen Themenbereichen der UGR auf Ebene des Landes durchgeführt werden, deren Ergebnisse bereits vielfältig genutzt werden, sei es im Jahreswirtschaftsbericht oder im Klimaschutzbericht der Landesregierung.

***Umweltschutzinvestitionen in Schleswig-Holstein***

Die statistischen Ergebnisse zu den Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe werden im Rahmen der Jahres- und Investitionserhebung gewonnen. Sie vermitteln seit 1975 einen Eindruck von den Größenordnungen, mit denen Unternehmen und Betriebe in Schleswig-Holstein den überwiegend gesetzlich vorgeschriebenen Auflagen zur Beseitigung oder Verminderung von Umweltschäden durch Investitionen, sei es in Grundstücke, spezielle Maschinen, Teile von Sachanlagen oder durch produktbezogene Investitionen, nachkommen. Die

Investitionen können sich dabei auf Maßnahmen zur Abfallbeseitigung, Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung oder zum Gewässerschutz beziehen.

### **Umweltinvestitionen in Betrieben des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) Schleswig-Holsteins**



Immer dann, wenn die wirtschaftliche Aktivität eines Unternehmens durch Niederlassungen oder Filialen räumlich gestreut ist, geben Betriebsergebnisse Auskunft darüber, wo die Investitionsentscheidungen von Unternehmen wirksam werden. Abhängig vom Standort ihrer Betriebe können sich die Investitionen schleswig-holsteinischer Unternehmen im eigenen Land oder in anderen Bundesländern wachstumsfördernd auswirken. Umgekehrtes gilt für Unternehmen mit Sitz außerhalb unseres Landes, die in ihren hiesigen Betrieben investieren. Die Situation in Schleswig-Holstein wird damit am besten durch solche Betriebsergebnisse abgebildet, die für die Wirtschaftsbereiche Energiewirtschaft, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe vorliegen.

## ***Moderne Techniken der Datenverarbeitung***

Es ist heute kaum noch vorstellbar, in welchem Umfang vor 50 Jahren die Arbeitsabläufe durch manuelle Tätigkeiten bestimmt wurden und welche geringe Unterstützung durch Bürotechnik, Kommunikationssysteme und elektronische Datenverarbeitung damals möglich war. Bereits zur Landwirtschaftszählung 1960 und zur Volkszählung 1961 setzte daher das Statistische Landesamt als erste Landesbehörde mit einer IBM 1401 eine elektronische Datenverarbeitungsanlage ein. Aus dem Rechenzentrum des Amtes entstand später die Datenzentrale Schleswig-Holstein. Die elektronische Datenverarbeitung hat nicht nur Organisation und Arbeitsweise des Statistischen Landesamtes wesentlich beeinflusst und verändert, sondern auch den Umfang des Datenangebotes erhöht und vertiefte Auswertungsmöglichkeiten eröffnet.

### ***35 Jahre elektronische Datenverarbeitung im Statistischen Landesamt***

Heute bilden ein System von etwa 180 PC, die größtenteils vernetzt sind, sowie der Großrechner der Datenzentrale Schleswig-Holstein das technologische Rückgrat unserer Statistik- und Veröffentlichungsproduktion. Konsequenter Einsatz moderner Technologien wird auch zukünftig zu Veränderungen der Abläufe und der Organisation führen sowie zur Steigerung der Effizienz in der Durchführung amtlicher Statistiken beitragen und damit helfen, die quantitativ und qualitativ steigenden Ansprüche an die amtliche Statistik kundenorientiert zu erfüllen.

### ***Personelle Ressourcen und Haushaltsmittel***

Von rund 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Jahre 1950 stieg der Personalbestand in den folgenden Jahren mit der zunehmenden Differenzierung des Wirtschaftslebens und den daraus resultierenden rasch anwachsenden Informationsbedürfnissen. Gegenwärtig umfaßt der Personalbestand des Amtes rund 230 ständige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (darunter über 80 % Angestellte und eine große Zahl von Teilzeitkräften) sowie etwa 60 Angestellte für befristete Aufgaben. Der Anteil der Frauen unter den Beschäftigten liegt bei 60 %. Die Zeitangestellten dienen der Bedarfsergänzung insbesondere bei unregel-

# Organisation und Ressourcen

Der Organisationsaufbau des Statistischen Landesamtes spiegelt die verschiedenen Aufgabenbereiche und Arbeitsgebiete des statistischen Programms wider. Die Zuständigkeit für die Bearbeitung der rund 200 verschiedenen Fachstatistiken liegt jeweils bei den Dezernaten in den drei Fachabteilungen. Die Dezernate der allgemeinen Abteilung nehmen Aufgaben der allgemeinen Verwaltung wahr und sind zuständig für zentrale Dienste. Organisatorisch eingebunden sind hier auch die zentralen Aufgaben der Datenverarbeitung und der statistischen Datenbank, der Veröffentlichungsproduktion sowie Aufgaben mit Querschnittscharakter und die zentrale Anlaufstelle zur Beratung der Nutzer und zur Vermittlung fachlicher Auskünfte.

## Die Organisation des Statistischen Landesamtes

<p><b>Abteilung 1</b> Allgemeine Abteilung</p>	<p><b>Abteilung 2</b> Finanzen, Steuern Gesamtrechnungen, Preise, Löhne Handel, Verkehr, Tourismus</p>	<p><b>Abteilung 3</b> Produzierendes Gewerbe Umwelt, Bautätigkeit Agrarproduktion, Agrarstruktur</p>	<p><b>Abteilung 4</b> Bevölkerung, Wahlen Arbeitsmarkt, Soziales Bildung</p>
<p><b>Dezernat 100</b> Personal Haushalt Zentrale Dienste</p>	<p><b>Dezernat 200</b> Staats- und Kommunalfinanzen Öffentlicher Dienst Geld und Kredit, Steuern</p>	<p><b>Dezernat 300</b> Energie- und Wasserwirtschaft Verarbeitendes Gewerbe Handwerk Unternehmensregister</p>	<p><b>Dezernat 400</b> Bevölkerungsstand Bevölkerungsbewegung Bevölkerungsvoraus- berechnung Wahlen</p>
<p><b>Dezernat 110</b> Rechtsangelegenheiten Datenschutz, Fortbildung Öffentlichkeitsarbeit Koordination von EG-Statistiken</p>	<p><b>Dezernat 210</b> Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Erwerbstätigenrechnung Systematiken, Redaktion der Monatshefte</p>	<p><b>Dezernat 310</b> Umwelt Baugewerbe, Bautätigkeit Gebäude- und Wohnungsstruktur Wohngeld</p>	<p><b>Dezernat 410</b> Mikrozensus Arbeitsmarkt Volks- und Wohnungszählung Arbeitsstättenzählung</p>
<p><b>Dezernat 120</b> Entwicklung und Betrieb der statistischen Datenbank IT-Leitstelle</p>	<p><b>Dezernat 220</b> Umweltökonomische Gesamtrechnung</p>	<p><b>Dezernat 320</b> Tierische Produktion Viehbestände Bodennutzung</p>	<p><b>Dezernat 420</b> Gesundheit Sozialleistungen Rechtspflege</p>
<p><b>Dezernat 130</b> Fachübergreifende Anfragen Regionalstatistik Veröffentlichungen Schreibdienst, Druckerei, Bücherei, Vertrieb</p>	<p><b>Dezernat 230</b> Preise Wirtschaftsrechnungen Löhne, Personalkosten</p>	<p><b>Dezernat 330</b> Agrarstruktur Arbeitskräfte Ernten Gartenbau</p>	<p><b>Dezernat 430</b> Schulen Hochschulen Berufs- und Weiterbildung</p>
<p><b>Dezernat 140</b> Automatisierte Datenverarbeitung</p>	<p><b>Dezernat 240</b> Binnenhandel Außenhandel Tourismus Verkehr</p>		

mäßigen oder großen Erhebungen. So führte beispielsweise allein die letzte Handels- und Gaststättenzählung zu einem vorübergehenden Mehrbedarf von rund 25 Personen. Nicht vergessen werden sollen auch die vielen weiteren Helferinnen und Helfer, die im Lande für die ständige Erhebung von Daten, sei es in den Erhebungsstellen der Gemeinden, als Ernteberichterstatter in den Landwirtschaftsstatistiken, als Interviewer im Mikrozensus oder als Preisermittler in der Preisstatistik, um nur einige zu nennen, eingesetzt werden.

Das Statistische Landesamt benötigt natürlich erhebliche finanzielle Mittel, um die gesetzlich festgelegten Aufgaben erfüllen und die wachsenden Informationsbedürfnisse unserer Nutzer befriedigen zu können. Im Jahre 1996 verfügte das Amt über Haushaltsmittel in Höhe von 21,5 Millionen DM, 86 % davon für Personal. Weitere 7,9 Millionen DM standen für die zentrale Datenverarbeitung, Datenerfassung und Programmierung in der Datenzentrale Schleswig-Holstein zur Verfügung. Zusammen macht dies etwa 1,6 Promille des gesamten Landeshaushalts aus, der sich in diesem Jahr laut Haushaltsplan auf über 18 Milliarden DM belief.

# Unser Informationsangebot

Die Ergebnisse unserer Arbeit werden der Öffentlichkeit in vielfältiger Form verfügbar gemacht. Traditionell stellen dabei gedruckte Publikationen den Eckpfeiler unseres Informationssystems dar.

## ► **Vertrieb**

### **Publikationen**

#### **Telefon:**

**(0431) 68 95 -2 80**

**-1 22**

### **Publikationen**

#### ► **Statistisches Jahrbuch**

Umfangreiche, jährliche Querschnittsveröffentlichung mit begrifflich und methodisch erläuterten Daten aus allen Arbeitsgebieten

#### ► **Statistisches Taschenbuch**

Jährlich aktualisierte, handliche Übersicht mit den wichtigsten Zahlen

#### ► **Statistische Berichte und Verzeichnisse**

Über 100 Statistische Berichte und Verzeichnisse mit aktuellen Ergebnissen aus allen Statistiken in regional und sachlich tiefer Gliederung, zum Teil mehrfach jährlich

#### ► **Statistische Monatshefte**

Statistische Fachzeitschrift mit vertieften fachlichen Informationen und Analysen, Querschnittsdarstellungen und Übersichten, monatliches Erscheinen

#### ► **Statistische Kurzinformation**

Informationsdienst mit Hinweisen auf aktuelle Ergebnisse; etwa 200-mal jährlich

Statistische Ergebnisse und Informationen werden aber auch zunehmend in standardisierter Form auf Disketten bereitgestellt, die dem Nutzer eine Weiterverarbeitung auf dem PC ermöglichen.

► **Vertrieb**

**Disketten**

**Telefon:**

**(0431) 68 95 -1 68  
-2 78**

**Disketten**

► **Verzeichnisse**

z. B. Gemeinden, Schulen, Krankenhäuser,  
Jugendhilfeeinrichtungen

**Ergebnisse aus Großzählungen**

Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung

**Ergebnisse aus Einzelstatistiken**

z. B. Bevölkerungs-, Erwerbstätigen-, Wahl-,  
Landwirtschafts- oder Diagnosestatistik

**Regionalstatistische Daten**

Kreis- und Gemeindedaten aus vielen Sach-  
gebieten

**Gemeinschaftsveröffentlichungen**

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen oder  
„Statistik regional“

Alle genannten Veröffentlichungen, auch die Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, sind über unseren Vertrieb erhältlich. Regelmäßig erscheinende Werke auf Papier oder Diskette können dabei im Abonnement bezogen werden.

Detaillierte Angaben zu allen Publikationen sind im Veröffentlichungsverzeichnis enthalten, das – wie auch spezielle Informationen zu den Angeboten auf Datenträgern – auf Wunsch kostenlos übersandt wird.

Fachliche Auskünfte aus allen Sachgebieten unseres Hauses oder Wünsche nach Daten aus dem Bestand der statistischen Ämter des Bundes und der anderen Länder werden von uns gerne vermittelt und bei fach- oder länderübergreifenden Anfragen zentral koordiniert. Wir bemühen uns, spezielle Informationswünsche ggf. durch Sonderaufbereitungen vorhandener Datenbestände zu befriedigen und – falls nicht möglich – geeignete Alternativen anzubieten oder andere Datenquellen zu nennen. Wir beraten gerne über die Möglichkeiten und Kosten sowie die Bereitstellung auf anderen Datenträgern.

► **Beratung und  
Vermittlung fach-  
licher Auskünfte**

**Dezernat 130**

**Telefon:**

**(0431) 68 95-2 78**

## **Statistische Fachbibliothek**

► **Bibliothek  
des Statistischen  
Landesamtes**

**Telefon:  
(0431) 68 95-2 96**

**Geöffnet  
montags bis freitags  
9 - 12 Uhr  
montags - donners-  
tags 13 - 15 Uhr  
sowie nach  
Vereinbarung**

Mit einem Präsenzbestand, der von 47 Werken im Jahr 1947 auf derzeit etwa 57 000 bibliographische Einheiten, 300 Zeitschriften und sonstige Periodika sowie eine Vielzahl statistischer Berichte aus allen statistischen Fachgebieten angewachsen ist, bietet die Bibliothek des Statistischen Landesamtes den großen Fundus einer in Schleswig-Holstein einmaligen Spezialbibliothek, der von jedermann genutzt werden kann.

Sämtliche Veröffentlichungen der amtlichen Statistik Schleswig-Holsteins seit Kriegsende sind hier lückenlos vorhanden, wie auch viele andere Werke, die in einem Bezug zu unserem Land stehen. Gesammelt werden auch alle Publikationen des Statistischen Bundesamtes und aller anderen Landesämter sowie Veröffentlichungen der Kommunalstatistik. Daneben finden Nutzer, die für ihre Arbeit internationale Vergleichsdaten benötigen, zahlreiche Schriften des Statistischen Amtes der Europäischen Union (EUROSTAT) und anderer statistischer Ämter, vorwiegend des europäischen Auslands und der USA.

Die vorhandenen historischen Werke reichen (teils als Faksimile) bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts zurück und umfassen statistische Publikationen aus der Zeit der dänischen Herrschaft sowie der Statistik Preußens und des Deutschen Reichs. Trotz eines begrenzten Etats für Neuerwerbungen steht auch ein wachsender Bestand an statistisch-methodischer, bevölkerungs-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Fachliteratur sowie eine Reihe von Rechtssammlungen bereit.

Die Bestände sind über einen systematischen Katalog, eine Verfasserkartei und für Teilbereiche auch über einen Schlagwortkatalog erschlossen. Allen Besuchern stehen die Mitarbeiterinnen der Bibliothek mit qualifizierten Auskünften beratend zur Verfügung. Um Informationswünsche ohne Verzögerung befriedigen zu können, sind die Bestände nur im Ausnahmefall ausleihbar.

## **Adresse/Kontakt**

Das Statistische Landesamt hat seinen Dienstsitz in der Landeshauptstadt Kiel in der Nähe des weithin sichtbaren Fernsehturmes. Für Besucherinnen und Besucher ist es mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar über die KVAG-Buslinien 1 und 15 sowie die Autokraft-Linie Kiel-Flintbek. Von der Hamburger Chaussee aus (Haltestelle Diesterwegstraße) ist es zum Amt in der Fröbelstraße nur ein kurzer Fußweg. Autofahrern stehen hinter dem Amtsgebäude Parkplätze zur Verfügung.

► **Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein**

**Anschrift: Postfach 11 41, 24100 Kiel**

**Sitz des Amtes: Fröbelstraße 15-17, 24113 Kiel**

**Tel.: (04 31) 68 95 - 0**

**Fax: (04 31) 68 95 - 498**

Die Besuchszeiten für den allgemeinen Publikumsverkehr sind vormittags von 9 - 12 Uhr, nach Voranmeldung auch zu anderen Zeiten. Telefonisch erreichbar sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes direkt oder über die Zentrale während der Kernarbeitszeit, montags bis dienstags von 9 - 16 Uhr, mittwoch und donnerstags bis 15.30 Uhr sowie freitags bis 12.30 Uhr.

